

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. inkl. Postgebühren.

Gesamtleitung:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskonzessionen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach Maßstab Taxif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Die sächsische Fabrikinspektion.

II.

* Leipzig, 18. Juni.

Von der „herrlichen Jugendzeit“ moderner Proletarierkinder erzählen die Kapitel, die in den neuen Jahresberichten für 1895 der sächsischen Gewerbe-Inspektoren der Beschäftigung kindlicher und jugendlicher Arbeiter gewidmet sind. Sie erzählen davon, wenn man zu lesen versteht. Die bürgerlichen Blätter freilich machen sich die Besprechung dieser herzererschütternden Kapitel bequem. Sie teilen die rohen Zahlen mit. Die kindlichen Arbeiter sind von 1002 auf 930 Köpfe, die jugendlichen von 30128 auf 28968 seit 1894 gesunken. Kann es deutlichere Beweise für den „Segen“ unserer Arbeiterschutzgesetzgebung und für die „Opfer“ geben, die unsere Fabrikanten der Sozialpolitik bringen? .. Wenn die Sache nur so stünde!

Eigentlich sollte seit der Arbeiterschutznovelle von 1891 in Deutschland überhaupt keine Kinderarbeit mehr in Fabriken vorkommen. Seit jener Zeit ist die Beschäftigung schulpflichtiger verboten. Aber die Schulpflicht schließt manchmal schon zu einer Zeit ab, wo das Proletarierkind noch nicht ganz 14 Jahre, also immer auch noch „Kind“ im Sinne des Gesetzes ist. Und nun bewirkt es die Not der Eltern auf der einen, das Vergnügen des Unternehmers an so billigeren Arbeitskräften auf der anderen Seite, daß die kurze Spanne zwischen 13½ und 14 Jahren auch noch zu gewerblicher Beschäftigung ausgenutzt wird. Hätten wir voll ausgebauete Fortbildungsschulen in Sachsen, die diese Kinder sofort nach ihrer Entlassung aus der Volksschule noch für den Zwangsunterricht am Tage mit Beschlag belegten, so könnte das Kinderelend in den Fabriken nicht weiter wuchern. Aber so ... So nimmt die Kinderarbeit, trotz der Abnahme im ganzen, in einzelnen ausbeutungsgierigen Industrien sogar wieder zu. Die sächsische Metallverarbeitung beschäftigte 1894 nur noch 78, 1895 bereits wieder 92 Kinder; die Maschinen- und Werkzeugindustrie 123 statt 114; die chemische Industrie 5 statt 4; die Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe 14 statt 7; die Papier- und Lederindustrie 55 statt 50; die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (hauptsächlich Cigarren) 50 statt 35. So zerfällt vor der sorgfältigen Forschung die fata morgana des „sozialen Fortschritts“ unter dieser „Ordnung“. Und das sind nur die „gesetzlich“ Beschäftigten. Wie groß aber die Zahl der ungesetzlich beschäftigten kleinen Wesen ist, wieviel in der Hausindustrie, die nicht mitgezählt ist und auf

die wir in einem späteren Artikel kommen, hingeopfert werden, das kann man nur ahnen. Die Uebertretungen des Verbots der Kinderbeschäftigung, die entdeckt wurden, stiegen von 92 auf 116 gegen das Vorjahr, die Uebertretungen des Sechsstundentages für gesetzlich beschäftigte Kinder von 21 auf 31. In einer Blumenfabrik in Chemnitz traf der Inspektor 23 Arbeiter, darunter 15 (!) schulpflichtige Kinder. Das Schöffengericht sprach den Unternehmer frei, erst die Strafkammer verurteilte ihn zu 30 Mk. Geldstrafe. Die 2 Mark Buße für den Kindertopf hatte der struppelose Herr natürlich längst aus den armen Wesen herausgeschlagen. In demselben Bezirk überwies der Kantor einer Volksschule einer Filzschuhfabrik 49 verschiedene Kinder, wovon 34 unter 13; 4 sogar erst 11. Jahrg waren, zur Ausbeutung. Die kleinen Kerle hatten schon 6479 Stunden à 6 Pf. (!) abgearbeitet, als die Schande entdeckt wurde. Die tägliche Arbeitszeit hatte anfänglich 5½ Stunden betragen; auf die Vorstellungen des Kantors hin, daß die Kinder sich beim Schulunterricht „schläfrig“ zeigten — ein Wunder! — war die Arbeitszeit auf 4½ Stunden „herabgesetzt“ worden. Daß die beiden Direktoren der Fabrik zu je 400 Mark Geldstrafe verurteilt wurden, nennt der Inspektor „eine recht empfindliche Strafe“.!! Darüber, ob der Kantor als edler Jugenderzieher, gehörig am Ohr genommen wurde, schweigt sich der Bericht aus. Eine Leipziger Handdruckerlei beschäftigte 3 schulpflichtige Knaben stundenweise mit dem Ordnen der zu Willethüchern bestimmten nummerierten Blätter gegen — ein zum Ankauf der Konfirmationskleider aufgespartes Taschengeld. Noch massenhafter trat die verbotene Kinderausbeutung in Meißen auf. „Gegen die gesetzlichen Vorschriften“, so berichtet der Beamte, „die Beschäftigung von Schulkindern betreffend, wird besonders während der Schulferien verstoßen. Die Aufsichtsbeamten können um diese Zeit in Steinbrüchen (!), Ziegeleien (!) und Thonwarenfabriken sicher schulpflichtige Kinder antreffen, die mehrfach die ungesetzmäßige Beschäftigung zugeben und beim Wegweisen vom Arbeitsplatze weinend davongehen oder vorher rechtzeitig entweichen. Auch kommt es vor, daß sie zurückbleiben und den Beamten keine oder ausweichende Antworten geben.“

Der Besitzer einer Stickeranlage in Plauen beutete Schulkinder schon von 1/7 Uhr früh ab bis 9 Uhr abends ohne Frühstück- und Vesperpause, nur mit einer einstündigen Mittagspause, aus und erhielt ganze — 50 Mk. Strafe dafür; ähnlich Cigarrenfabrikanten desselben Bezirks. Wer diesen Jammer mitfühlt, der segnet die Technik, die Fädelmaschinen erfindet, die die Arbeit vogeländischer Kinder

überflüssig macht, selbst wenn die Arbeiter augenblicklich durch diese Erfindung nur in größere Bedrängnis kommen. Der Sozialismus wird ihnen den Segen dieser Maschinen zugänglich machen.

Nach den Kindern bis zu 14 Jahren die 14—16jährigen jugendlichen Arbeiter! Auch hier tiefe Schatten, wenn man ins einzelne geht. Die Mädchenarbeit rückt hier in gewissen Gewerbegruppen bedenklich vor. Von 1894 auf 1895 steigerte die Metallverarbeitung die Zahl ihrer jugendlichen Arbeiter überhaupt von 2317 auf 3388, und zwar die der Burschen nur um 23, die der Mädchen jedoch um 50 Köpfe; die Maschinen- und Werkzeugindustrie von 3493 Burschen auf 9742, während die Mädchen von 196 auf 182 abnahmen; die Papier- und Lederindustrie von 1026 auf 1045 Burschen und 590 auf 667 Mädchen. Diese drei Industrien sind vorläufig noch immer fast im Verpesen jugendlicher Arbeitskraft, während die übrigen Gewerbegruppen gesättigt erscheinen. Deshalb hat sich aber natürlich doch kein Inspektor bemüht gesehen, den drei Branchen seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und welche dankbare Aufgabe wäre es für sozialpolitisch denkende Beamte, die besonderen Ursachen dieser Erscheinungen so genau als möglich festzustellen, gleichzeitig, um einer verhängnisvollen Weiterentwicklung zeitig vorbeugen zu können. Aber eines sächsischen Durchschnittsinspektors kümmern solche Dinge nicht; er richtet sich nach seinem Berichtsschema, und damit basta! Raum, daß von der Lehrlingszüchterei in Maschinenfabriken und Webereien des Bittauer Bezirkes gesprochen wird, wo die jungen Leute im dritten Jahr der „Lehre“ ganze 4.50 Mk., im vierten ganze 6 Mk. Wochenlohn erhalten; kaum, daß der Inspektor für Plauen den gleichen Mißstand aus den Musterzeichnerien der Stickerbetriebe seines Bezirkes rügt, wo manche Unternehmer 6—17 Jungen „ausbilden“; kaum, daß der Leipziger und der Plauensche Beamte auf die schrankenlose Ausnutzung junger Burschen in Wassermühlen hinweisen, wo 16jährige Lehrlinge in manchmal 18stündiger Schicht ohne ordentliche Erpausen den Betrieb allein besorgen müssen. Die Müllererhebung der Reichskommission für Arbeiterstatistik schläft ja auch den tiefsten Schlaf.

Bei der Betrachtung der Hausindustrie werden wir teilweise auf noch krassere Mißstände stoßen. Aber da steht den Behörden noch kein Gesetz zur Seite, mit dem sie die faulen Stellen im Wirtschaftsleben ausschneiden könnten. Hier, bei den Mißbräuchen mit der kindlichen und jugendlichen Arbeit in Fabriken und gleichgestellten Anlagen, sind gesetzliche Bestimmungen erlassen, aber sie stehen Jahr für

Seuilleton.

Manchmal verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Wolfgang konnte das öde Schweigen, das seine aufgeregten Nerven peinigte, nicht lange ertragen.

Köbes, sagte er, haben Sie meine Mutter in den letzten Tagen manchmal gesehen?

Ob! sagte Köbes.

Und sah sie wohl aus?

Na! sagte Köbes.

Sie meinen: nicht?

Falsch angepannt!

Was heißt das? fragte Wolfgang, denn diese seltsame Antwort eigentümlich berührte.

Köbes wendete sich halb um, zum Zeichen, daß er eine erschöpfende Diskussion des angeregten Themas beabsichtigte und sagte:

Hohensteins sind Hohensteins.

Das heißt, lieber Köbes?

Taugen nichts.

Ein schönes Kompliment für mich, der ich auch ein Hohenstein bin.

Nadel ist Adel, sagte Köbes.

Das heißt?

Der alte Kutscher hatte sich wieder zu seinen Pferden gewandt und antwortete nicht.

Wolfgang mochte seine Frage nicht wiederholen, um so

weniger, als sie jetzt von der Landstraße auf die Chaussee bogen und mit der schnelleren Bewegung die Sehnsucht, möglichst bald nach Hause zu kommen, mächtig in ihm erwachte. Die Bäume an der Begseite zogen langsam an ihm vorbei; es war Wolfgang, als ob die Fahrt ewig dauerte.

Sie kamen durch ein Dorf; fast in allen Häusern brannte noch Licht; in dem Wirtshaus ging es sehr lebhaft zu. Als der Wagen schnell über das Pflaster vorbei rollte, stürzten die Gäste an die Fenster und vor die Thür. Wolfgang hörte rufen: Sie kommen! und dann wieder: 's ist bloß ein Wagen! Er wußte nicht, was das zu bedeuten hatte.

Dicht hinter dem Dorf begegnete ihnen eine Prozession, die quer über die Chaussee zog: „Heilige Jungfrau, bitt' für uns! heiliger Sebastian, bitt' für uns!“

Das gab einen mehrere Minuten langen Aufenthalt. Kaum hatte der Wagen sich wieder in Bewegung gesetzt, als ein dumpfer Donner, unter dem die Erde bebte, an Wolfgangs Ohr schlug. Der Donner kam näher, das Beben wurde stärker; ein Reiter im vollen Rosselauf sprengte heran: Platz! Platz da! Im nächsten Augenblick kamen mehrere Geschütze im vollsten Jagden vorüber; der Mondschein glitzerte auf den blanken Rohren und auf den Waffen der Reiter; die Fuhrleute hieben wie toll auf die schäumenden Pferde; ein nebenher sprengender Offizier partierte mit Mühe sein Pferd vor Wolfgangs Wagen, den er zu spät bemerkt hatte, und schrie während:

Verdammt! könnt Ihr nicht aus dem Wege bleiben! — und die wilde Jagd war vorbei gerast, ehe der alte Köbes seine schon gewordenen Tiere beruhigen konnte.

Was heißt denn das? fragte Wolfgang bestürzt.

Militär ist Militär; brummte Köbes.

Ein Reiter kam hinterher getrabt. Es war der Doktor,

dessen Pferd für Parforcetouren weniger geeignet sein mochte. Wolfgang rief ihn an:

Bitte, mein Herr, können Sie mir sagen, was dies bedeutet? Ist in der Stadt etwas vorgefallen?

Der Doktor, eine lange, hagere Gestalt, erwiderte mit einer schnarrenden mißmutigen Stimme:

Was wird's sein! Kinder Lärm wie alle Tage! Sechsmal in vierundzwanzig Stunden Orde und Konterordre; wenn der Hauptmann ein paar Minuten gewartet hätte, wäre die Konterordre wohl gekommen. 's ist zu dummt! Man will uns die Annehmlichkeiten des Landlebens zu kosten geben. Alle Dörfer sind besetzt mit Truppen, wie ein Hase mit Speck. Die Bauern müssen doch auch erfahren, daß sie in einem Militärstaat leben! Komm, Miß, noch ein kleiner Galopp, sonst kriegen wir beide Arrest. Adieu mein Herr!

Der Doktor gab seinem Pferde die Sporen und sprengte davon.

Fahren Sie zu, Köbes, bat Wolfgang, um Himmels willen, fahren Sie zu!

Köbes piff, und die milden Säule, welche großes Verlangen nach dem Stall haben mochten, griffen schneller aus, zum Glück für Wolfgang, dessen Unruhe durch diesen neuen Zwischenfall den höchsten Grad erreicht hatte. Er lehnte sich in den Sitz zurück und hüllte sich dichter in seinen Ueberrock. Die Aufregung und vielleicht auch die Kühle der Nacht, die jetzt empfindlich zu werden begann, schüttelten ihn wie mit Fieberfrost; seine Hände waren eiskalt, aber seine Stirn brannte. In seinem überreizten Gehirn drängten sich phantastische Bilder. Er sah wildbewegte Volksmassen sich durch die engen Straßen wälzen; er glaubte das Läuten der Glocken und das Knattern des Gewehrfeuers zu vernahmen. Dann wieder sah er seine Mutter, von Schmerzen

Jahr auf dem Papier. Bei diesem Zustand der Gewerbe-Inspektion ist der christlich-soziale Arbeiterschutz ein Messer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt.

Politische Uebersicht.

Aus Petersburg wird vom 17. ds. Mts. gemeldet: Die Arbeiter zahlreicher bedeutender Fabriken befinden sich im Ausstand. In der offiziellen Depesche heisst es dann: "Sie verlangen eine Lohnerhöhung, verhalten sich jedoch ruhig. Um etwaigen "Unruhestiftungen" vorzubeugen, werden in den Arbeitervierteln Truppenbataillone, Gendarmen-, Polizei- und Feuerwehrrkommandos in Bereitschaft gehalten."

Unsere Leser erinnern sich der Darstellung des Zusammenstosses Petersburger Arbeiter mit dem Militär während des Krönungsfestes. Damals handelte es sich offenbar um eine proletarische Kundgebung, die mit Kleingewehrfener beantwortet wurde.

Die Nachricht von dem Ausstande und der amtl. bekämpften ruhigen Haltung der Arbeiter zeigt, dass hier eine zielstrebige Bewegung sich entfaltet, die die Klassenbewusstsein Elemente des wertbärtigen Volkes zu gemeinsamem Kampfe für bessere Zustände zusammenfasst.

Es geht vorwärts auch im Barentslande. Nur die Mobilmachung der Arbeiterklasse, ihre Erziehung zu sozialistisch denkenden, sozialistisch operierenden Soldaten der Freiheit wird Russland vom Joche des Barentums erlösen.

Wenn Nikolai II. die kriegerisch-polizistisichen Gewaltmittel anwendet, was nicht auf die Dauer die gewaffnete Dreifaltigkeit der Infanterie, Kavallerie, Artillerie gegen die große Volksbewegung?

Die Situation wird hell beleuchtet dadurch, dass jetzt auch die deutsche bürgerliche Presse und die offiziellen Telegraphenagenturen von den Petersburger Krönungsfest-Demonstrationen jaghaft Notiz nehmen. Wir hatten bereits am 10. Juni den Sachverhalt ausführlich dargelegt. Jetzt flüstert verlegen ein Offiziosus im Wollfischen Bureau:

Einige Tage vor der Krönung fanden in einzelnen Fabriken Petersburgs Arbeitseinstellungen statt, ihnen wurde jedoch eine größere Bedeutung nicht beigelegt. Allmählich nahmen die Arbeitseinstellungen an Umfang zu; die Streikbewegung machte mehr und mehr den Eindruck der sorgfältigsten Vorbereitung und besten Organisation. Die Polizei (natürlich die Polizei, dieses internationale Werkzeug der Sozialreform von Oben!) richtete nunmehr ihr Augenmerk auf die Vorgänge. Es wurden auch zahlreiche, unter der Arbeiterbevölkerung zur Verteilung gelangte Ausrufe zur Niederlegung der Arbeit, Forderung höherer Löhne und allgemeiner Aufbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klasse ausgesprochen und beschlagnahmt. Sie sind in russischer Sprache verfasst und von der Vereinigung zum Schutze der Interessen der Arbeiterbevölkerung Russlands unterzeichnet. Obgleich die Behörden "alle Maßregeln" ergreifen hatten, die Bewegung einzudämmen, streikten in der vergangenen Woche die Arbeiter noch mehrerer anderer großer Fabriken. Seit dem 18. d. M. befinden sich die Arbeiter der meisten großen Fabriken Petersburgs im Ausstand. Die Arbeiterbevölkerung verhält sich vollständig ruhig und verlangt nur Erhöhung des Tageslohnes und allgemeine Aufbesserung ihrer Lage, besonders in gesundheitlicher Beziehung. Um aber dem Ausbrüche etwaiger Unruhen vorzubeugen, haben sich die Behörden entschlossen, in den hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Vierteln, in denen sich auch die Fabriken befinden, Truppenpiketts, Gendarmen-, Polizeimannschaften und Feuerwehrrkommandos bereit zu halten und Kosakenpatrouillen durch die Straßen reiten zu lassen. Vorläufig ist kein Grund zu ernstlichen Befürchtungen. In den von Arbeitern nicht bewohnten Stadtteilen ist von der ganzen Bewegung überhaupt nichts zu merken. (Wie nat! D. Red.)

Und trotz dieser musterhaften Ruhe, trotz dieser wohlbegründeten Forderungen der Arbeiter weiß "Väterchen" nur mit Militär und Gendarmen zu antworten.

Die Folgen auf sein Haupt!

Deutsches Reich.

Das Fest auf dem Kupffhäuser.

Der Kriegs- und Jubelfeste ist kein Ende seit fast einem Jahre. Seit dem letzten September jagten einander die prächtigen Veranstaltungen, ausgeführt mit allem Pompe höfischen und kriegerischen Glanzes und dazu bestimmt, dem deutschen Volke durch den Gedanken an die Vergangenheit die Liebe zu der Gegenwart einzuspühren. Weil die Väter in rühmlichster Tapferkeit vor Zeiten etwas erstritten, was den Traum

gefördert, im Wette liegen; dann streckte der General mit heiserem Lachen seinen kalten Kopf dazwischen, und dann lehnte sich Kamilla unter Küssen und Küffen an seine Brust und rief sich jäh aus seinen Armen, als vom Schlosse her sein Name gerufen wurde.

Wolfgang fuhr empor. Er mußte vor Ermattung eingeknickt sein, denn, ohne daß er wußte, wie er so schnell dahingekommen, raffelte der Wagen eben über die Zugbrücke und hielt vor der Wache.

Kann passieren, hörte Wolfgang eine quäkende Stimme sagen; es war ihm, als ob er für einen Augenblick das Gesicht seines Vaters Kuno gesehen habe; es mochte aber auch eine Täuschung sein. Der Wagen donnerte durch das dunkle Thor, dessen mächtige Flügel ein mit den Schlüsseln klappernder Unteroffizier auseinander schlug, in die engen, mondbeschieneenen Straßen hinein. Die lichtestellen Fenster tanzten an ihm vorüber, lärmende Menschen drängten sich in wirren Haufen und stoben auseinander, wenn eine Patrouille im Geschwindschritt anmarschiert kam.

Und nun eine stillere Straße — die Straße, in der die Wohnung seiner Eltern lag. Der Materialladen des Nachbarn, in dessen Thür der Besitzer mit seinen zwei Lehrlingen und dem Dienstmädchen neugierig-ängstlich nach dem "Krawall" ausschauten, und da hielt der Wagen vor dem großen, dunklen Hause.

Wolfgang blickte empor. Nur zwei Fenster im oberen Stock waren matt erhellte; es waren die Fenster des Wohnzimmers, aus dem man in das seiner Mutter gelangte. Mit einem Satz war er aus dem Wagen. Die Hausthür war nicht verschlossen. Auf dem Flur brannte die Lampe in der Glasglocke, die von der Decke herabhing; er erstieg eilends die breite, stille Treppe und stand, tief Atem schöpfend, vor der Thür des Wohnzimmers. Sein Herz klopfte zum

ihrer Jugend ausgemacht hatte, darum sollten in unklarer Bewunderung die Söhne heute, die doch andere Träume träumen, anderes Begehren fühlen, die Hände ruhen lassen und sprechen: wir haben es so herrlich weit gebracht.

Aber es ist doch anders gekommen. Mit dem feinen Gefühl, das die Volksseele so oft schon vor argen Verirrungen bewahrt hat, haben die weiten Schichten unserer Volksgenossen, die wahrlich es nicht an inniger Dankbarkeit fehlen lassen für alle die, die ihr Leben auf den Schlachtfeldern dahingegeben haben und die zum Glück ihren eigenen Reichen entnommen waren, sich fern gehalten von diesen überschweblichen Feiern. Ihr durch Lehre und Erfahrung geschärfter Blick zeigte ihnen zu ihrer Betrübnis, was alles hätte geschaffen werden können auf dem Boden, den uns unsere Kämpfer errungen haben, zeigte ihnen aber auch, wie erschrecklich wenig wir wirklich errungen haben. Wo ist die Freiheit, die lang und schmerzlich gesuchte? Wo die Gleichheit, die so oft versprochen ward? Wo ist die Brüderlichkeit, die alle Volksgenossen wie ein demantenes Band umschlingen sollte? Wo die Sicherung des bishigen Lebens, deren sie so sehr bedürfen?

Auf diese ersten Fragen bleiben uns die, schuldbehaftet, die Antwort schuldig, die jetzt am lärmendsten sich gebärden und die nicht ablassen, uns zu schmälern ob unserer Zurückhaltung.

Mag es drum sein! Wir hängen keinen nützigen Träumen nach, wie es wohl hätte kommen können, sondern wir blicken den Thatfachen so wie sie sind fest in die Augen. Und diese Thatfachen zeigen uns, daß wir nichts zu schaffen haben mit jenen, die heute dem alten Fürsten, der der erste deutsche Kaiser war und den ein dankbarer Nachfahre so gerne den Großen nennen möchte — obschon Otto, die Muse der Geschichte, die den ehernen Griffel unbefleckt führt, nicht sich kommandieren läßt wie ein preussischer Grenadier — ein mächtiges Standbild enthüllen auf dem fagenmrauschten Kupffhäuser. Der Kaiser ist hingezogen und mit ihm eine große Zahl der deutschen Bundesfürsten, des Festes Glanz durch ihre Gegenwart zu erhöhen; und der Reichstag mußte am Dienstag schon in glänzendster Mittagsstunde seine Sitzung beginnen, damit der alte Kanzler Hohenlohe rechtzeitig den beschwerlichen Weg nach Thüringen antreten konnte.

Mit der ganzen schwärmerischen Innigkeit, deren sein empfindsames Herz fähig war, hat das deutsche Volk die Jahrhunderte hindurch den Glauben an den schlafenden Barbarossa dort in dem thüringischen Berge bewahrt, der da erwachen sollte und kommen, es zu neuer Herrlichkeit zu führen.

Barbarossa schläft noch, wird ewig schlafen und mit ihm die ganze alte Zeit: aufrecht aber ist in köstlicher Jugendfrische das Volk und wacker schon schafft es an seinen Idealen, der eigenen Kraft vertrauend, befreit von der Last trügerischer Träumereien.

Berliner Brief.

Im Reichstag.

Berlin, 17. Juni.

Ein trostloses Bild bietet gegenwärtig der Reichstag dem Besucher dar: überall die leeren Sitze der Abgeordneten; und hier und da vereinzelte ein Abgeordneter selbst. Es waren heute sicherlich mehr Zuhörer als Abgeordnete anwesend.

Zunächst kam die Interpellation des Centrums, betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes, zur Verhandlung. Graf Hompesch erklärte: daß, wie auch die Beantwortung der Interpellation ausfallen möge, dies auf die Haltung der Centrumpartei zum Bürgerlichen Gesetzbuch keinen Einfluß haben werde. Fürst Hohenlohe entgegnete, wie wir gestern schon kurz meldeten: daß, seitdem am 9. Juni 1894 der Bundesrat die Aufhebung des Gesetzes abgelehnt habe, keine Umstände eingetreten seien, die gegenwärtig eine veränderte Stellungnahme wahrscheinlich erscheinen ließen. Der Reichskanzler erklärte aber, daß er eine beschleunigte Beschlußfassung im Bundesrat herbeiführen werde aus Anlaß der damals im Bundesrat 1894 geäußerten Absicht, zu untersuchen, ob außer der Kongregation der Redemptoristen und der Priester vom Heiligen Geist noch die eine oder andere dem Jesuitengesetz unterstellte Genossenschaft von den Wirkungen des Gesetzes ausgenommen werden könne. Der Reichskanzler stellte also mittelbar eine weitere kleine Abschlagszahlung auf die Forderung der Aufhebung des Jesuitengesetzes in Aussicht. Abg. Vieber kümpfte daran an und meinte, daß wenigstens die Schwärmer vom heiligen Herzen Jesu vom Jesuitengesetz ausgenommen werden müßten. Im Laufe der weiteren Diskussion hatte der Abgeordnete Webel den großen Staatsmann Fürsten Bismarck auf

dem Gebiete der Beurteilung geistiger Strömungen als einen jämmerlichen Stümper bezeichnet. Eine solche Kritik ist parlamentarisch ebenso zulässig wie in anderen Fällen eine abfällige Beurteilung der früheren Regierung des Grafen Caprivi. Gleichwohl gab dies Abg. Viebermann v. Sonnenberg Anlaß zu einer Rippekomödie. Er steigerte in größter Weise den jungierenden Vizepräsidenten Schmidt-Eberfeld an, weil er eine solche Kennerung nicht gerügt hätte. Viebermann beschimpfte das Präsidium als stümperhaft, jammervoll und taktlos. Mit Recht erklärte Vizepräsident Schmidt, daß Abg. Viebermann v. Sonnenberg die Würde des Hauses in einer Weise verletzt habe, wie es wohl noch niemals dagewesen sei. Er rief den Redner deshalb zur Ordnung. Bekannte Führer der rechten Seite äußerlich sich, wie die Freisinnige Zeitung meldet, im Privatgespräch dahin, daß Vizepräsident Schmidt gegenüber dieser Injustizierung zum erstenmal den neuen Paragraphen der Reichstags-Geschäftsordnung hätte in Anwendung bringen sollen, der den Präsidenten ermächtigt, im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung ein Mitglied von der Sitzung auszuschließen.

Am interessantesten war die Debatte über gesetzliche Regelung des Vereinswesens. Zunächst entrollte Genosse Meister ein Bild von den Zuständen, die augenblicklich in Hannover herrschen, wo auch die letzte Spur von Koalitionsfreiheit dahin ist. Herr v. Bennigsen sah während Meisters Rede ebenso unbeweglich wie im Gefühle großer Unbehaglichkeit auf seinem Platze. Seine Erwiderung gipfelte darin, daß er persönlich für das Vorgehen gegen die Gewerkschaften nicht verantwortlich sei, da sein Stellvertreter die Beschwerden der Organisationen abgewiesen habe.

Der nächste Redner, Ridert, löste mit überzuckerter Freundlichkeit dem Minister v. Boetticher die Zunge. Zunächst entschuldigte dieser seinen Kollegen Rede von der Forst wegen Abwesenheit; er sei dienstlich verhindert. Das war nun, nebenbei gesagt, nicht richtig. Der Minister des Innern hatte vielmehr zu dieser Zeit eine Jahnoperation zu überstehen. Abdann erklärte v. Boetticher einmal wieder wie so oft: "Der Reichstag mag beschließen, was er will, wir im Bundesrat können nichts versprechen, wir behalten uns freie Hand vor", was schließlich eben heißt: "Wir, die Regierung, wollen nicht". Damit löst sich der Reichstag in den wichtigsten Fragen abspesen und, anstatt auch einmal die Regierungen zappeln zu lassen, bewilligen die Volksvertreter in ihrer Mehrheit was gefordert wird. Ist es da ein Wunder, daß der Reichstag in Regierungskreisen keine Achtung genießt? Ich sehe noch den Herrn Kriegsminister, wie er während der Ausführungen v. Boettichers über einen Stuhl gebeugt und mit dem Bivider spielend mit seinem üblichen, eigenartigen kalten Lächeln seiner inneren Befriedigung Ausdruck gab.

Und der Reichstag ließ sich vertrösten und fand nicht einen manhaftesten Ton der Regierung gegenüber. Die Forderungen der Militärverwaltung darf er bewilligen, die beschleunigte Forderung des Volkes wird abgelehnt. Und so etwas wird als selbstverständlich hingenommen.

Auch Herr v. Stumm sprach einige Worte. Er macht mit seinem kühn gewählten Schnurrbartchen, dessen Enden nach oben zwirbeln, trotz aller gegen ihn geschleuderten Angriffe immer noch einen siegesbewussten, kampfeslustigen Eindruck. Er allein mag sich hier wohl fühlen: denn er weiß, daß heutzutage voluntas halborgensis suprema lex, daß der Halbergsche Wille oberstes Gesetz ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Ein Heizer vom Dampfer Trave, der das Fest der Fahnenweihe des Norddeutschen Kriegervereins am 10. Mai in der ausgesprochenen Absicht besucht hatte, bei dem voraussichtlich auszubringenden Hoch auf den Kaiser zu pfeifen, sein Vorhaben auch thatsächlich zur Ausführung brachte, wurde am letzten Sonnabend vor dem Landgericht in Oldenburg wegen Majestätsbeleidigung zu dreimonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt, zufällig der seit dem 10. Mai verhafteten Untersuchungsgefangenen.

Berlin, 18. Juni. Sind die Chinesen zur Stelle, so kommt der Japaner schnell nach, der gefährlichste Rivale des Reichs der Mitte. Der japanische Feldmarschall Yamagata ist dem chinesischen Vizekönig Li-Hung-Tschang auf dem Fuße gefolgt und hat auch beim Kaiser Audienz gehabt.

Die handelspolitischen Verhandlungen Li-Hung-Tschangs mit dem Staatssekretär Freiherrn v. Marschall haben begonnen. Wie offiziös gemeldet wird, steht die deutsche Regierung ebenso wie die anderen in Frage kommenden Kabinette

was ausgestanden haben! Aber nun laß es gut sein! Der Doktor sagt: es habe gar nichts zu bedeuten, und ich sage es auch. Ich kenne diese Zustände ganz genau; wenn einer d'rann sterben könnte, ich wäre schon lange tot.

Gute, liebe Tante, sagte Wolfgang, wie danke ich Dir, daß Du hergekommen bist! ich habe gar nicht daran gedacht, daß Du bei der Mutter sein wütest. Hätte ich das gewußt, ich würde mich viel weniger geängstigt haben. Ja, wie hättest Du das auch denken können? sagte Tante Bella; ich komme ja, Gott sei's geklagt, selten genug zu Euch. Aber ich hatte alle diese Tage eine Ahnung, daß irgend einem aus der Familie etwas passieren würde. Seit mein armer Bruder Eugen gestorben ist, bin ich nach der Angst nicht herausgekommen. Ist Onkel Eugen tot? Et! sprich leiser, daß sie nebenan nichts hören!

Tante Bella zog einen Stuhl dicht zu Wolfgang an den Tisch und flüsterte:

Ja, er ist tot, Dein lieber, guter Onkel. Du hast ihn kaum gekannt und weißt nicht, was für ein braver, treuer Mensch er war. Seit acht Tagen schon ist er tot; ach! und wie schrecklich er gestorben ist! von seinen eigenen Maschinen gerädert! — ich darf gar nicht daran denken. Dein Onkel Peter war hin, die arme Ottilie zu holen; sie ist nebenan bei Deiner Mutter; Deine Mutter sagt, Ottiliens Hand sei gerade wie Deine, und Ottilie hat ihre Hand auf ihre Stirn legen müssen, und so schläft sie schon seit einer halben Stunde so sanft wie ein Kind.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristisches.

Druckfehler. Am Saume des Balbes stand eine uralte Tante, die zwei Männer kaum zu umfassen vermochten. (Fl. Bl.)

Neunzehntes Kapitel.

Da wurde die Thür geöffnet, und eine Dame, die eine Lampe in der Hand trug, stand vor Wolfgang. Es war Tante Bella. Ein jäher Schrecken durchzuckte den jungen Mann bei dem Anblick der Tante, die, so lange er denken konnte, drei- oder viermal, und das immer nur bei ganz außerordentlichen Gelegenheiten, den Fuß über die Schwelle seines elterlichen Hauses gesetzt hatte. So war also doch das Fürchterliche eingetroffen: die Mutter war dem Tode nahe, vielleicht tot! Aber die gute Tante ließ ihm nicht Zeit, den entsetzlichen Gedanken auszudenken; es geht besser, viel besser, flüsterte sie schnell; komm herzu, armer Junge, Du hast Dich gewiß recht geängstigt.

Bei diesen Worten hatte sie den vor Entsetzen Regungslosen bei der Hand ergriffen und ins Zimmer geführt.

Wo ist die Mutter? fragte Wolfgang. Nebenan, sie schläft, erwiderte Tante Bella, die Lampe auf den Tisch stellend; ängstige Dich nur nicht; es geht wirklich gut, ganz gut.

Wolfgang hatte sich in einen Stuhl gesetzt, denn seine Knie zitterten. Die köstliche Gewißheit, daß die Mutter außer Gefahr sei, löste den Krampf, mit welchem Angst und Schrecken sein Herz zusammengeknüpft hatten, und die Thränen stürzten ihm aus den Augen.

Jemand, den sie lieb hatte, weinen sehen, ohne mitzuweinen, war für Tante Bella eine Unmöglichkeit. Sie streichelte Wolfgang sanft das volle Haar aus der Stirn und sagte schluchzend:

Armer, armer Junge! ja, ja, ich glaub's! Du magst

gewissen chinesischen Wünschen, insbesondere betreffend die Erhöhung der Einfuhrzölle, nicht ungünstig gegenüber. Dagegen werden von deutscher Seite selbstverständlich Gegenleistungen gefordert, darunter die Gewährung von Kohlenrationen in China. Die „Weltpolitik“ macht sich also bei diesen Verhandlungen bemerkbar.

Der Kaiser ist gestern an der Spitze des Elisabeth-Regiments in die neu gebaute Westend-Kaserne eingedrückt und hat nach Enthüllung des Kriegerdenkmals eine kurze Ansprache gehalten, in der er auf die „Manneszucht und den Gehorsam“ als „echte Soldateneigenschaften“ hinwies und das Regiment ermahnte, sich in der bisherigen Weise auszuzeichnen. Er feierte die Mannschafft an, dem im Denkmal verherrlichten Thaten des Krieges 1870/71 nachzueifern. Darauf fand ein Paradezug statt. Der Kaiser frühstückte bei dem Offizierscorps.

Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß gestern, den Rest der Tagesordnung vom 17. d. M. am 18. d. zu erledigen, so daß am Schluß der heutigen Sitzung erst die Frage erledigt werden wird, ob der Reichstag am Freitag die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuches beginnt. Hierfür trat besonders der Abg. v. Bennigsen ein, ebenso Graf Gompech (Str.), der jedoch erklärte, keine Garantie geben zu können, ob das Centrum in der erforderlichen Stärke zur Stelle sein werde. Auch Abg. v. Debesow erklärte sich Namens der Minorität der Konservativen dafür, während Freiherr v. Manteuffel Namens der Mehrheit der Konservativen eine hinauschiebung bis zum Herbst verlangte. Dieser Standpunkt wurde auch vom Abg. Richter Namens der freisinnigen Volkspartei und vom Abg. Zimmermann Namens der deutsch-sozialen Reformpartei geteilt. Genosse Singer erklärte, daß auch seine Partei die Vertagung der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuchs bis zum Herbst für zweckmäßiger halte. Wenn aber der Entwurf noch in dieser Session zur Erledigung kommen müsse, dann müßte allerdings erst die gegenwärtige Tagesordnung erledigt werden.

Im Reichstage verhandelte gestern, die Reichsregierung beabsichtige, in den nächsten Tagen den Reichstag zu schließen, falls die Mehrheit sich weigere, das bürgerliche Gesetzbuch jetzt noch rasch zur Erledigung zu bringen. Was nützt das? Dann wäre die ganze Parlaments-Arbeit für das bürgerliche Gesetzbuch nochmals zu verrichten, und es gäbe eine neue Verzögerung.

Der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zufolge hat das Reichsjustizamt den fertiggestellten Entwurf des neuen Handelsgesetzbuchs nebst erläuternder Denkschrift den Bundesregierungen zur Prüfung zugestellt. Im Herbst wird der Entwurf an den Bundesrat gelangen. Um weiteren Kreisen die Geltendmachung von Wünschen und Ausstellungen zu ermöglichen, wird in den nächsten Tagen eine amtliche Ausgabe des Entwurfs im Buchhandel erscheinen.

Wie die Kreuzzeitung meldet, hat der antisemitische Reichstagsabgeordnete Werner gegen die Redaktion des Berliner Tagesblattes wegen Beleidigung aus § 187 des Strafgesetzbuches Strafantrag gestellt. Die Beleidigung soll durch einen gegen ihn als Schriftführer der Budgetkommission wegen der Protokollführung über die Rede des Schatzsekretärs Dr. Grafen Posadowsky gerichteten Artikel erfolgt sein. Wie empfindlich diese Leute so robusten Herren sind? Muß denn geklagt werden? Genügt eine Berichtigung nicht?

Die Reichstagswahlwahl in dem elfassischen Kreise Schleißstadt, die erforderlich geworden, nachdem der Reichstag das Mandat des Abg. Pöhlmann für ungültig erklärt hat, ist auf den 5. Juli anberaumt worden. Es wurden 1893 dort abgegeben 686 konservative, 4865 protestantische, 175 sozialdemokratische Stimmen. Pöhlmann war also im ersten Wahlgang und zwar durch schone Mandate, die auch dann zur Ungültigkeitserklärung führten, gewählt worden.

Wem erzeigt König Stumm seine Reverenz? In der Zukunft liest man: „In ganz besonders zärtlicher Liebe ist für Li-Hung-Tschang, den besopften Würdenträger, ein alter ehrlicher Hammer schmied entbrannt, der mit ihm die Lüfte des Kaiserhofes, Stumms ständigen Absteigequartiers, atmet. Schnell folgt der Blick des ragenden Mannes in jeglicher Stunde den Schritten Lis; und die Oberkellner haben in langen Skolloquien noch nicht zu ergründen vermocht, ob das Auge ihres alten Stammgastes in hypnotisierter Verglebung an dem gekochtenen Haar schmund oder an der gelben Jacke und der Pfauenfeder des nach kurzer Ungnade wieder warm in Kaiser-gunst gebetteten Chinesen hängt.“ Geschäft ist Geschäft.

In ihrem bimetalistischen Eifer entschlüpft der Kreuzzeitung ein niedliches Zugeständnis: „Wie das ganze kapitalistische System, das vor nun hundert Jahren siegreich aus den Wirren des großen europäischen Umsturzes hervorgegangen sollte, in erschütterlichen, wenn auch langsamem Niedergange begriffen ist, so wird sich auch die ihm entsprechende Währungsordnung auf die Dauer zu halten nicht vermögen.“

Die amtliche Berliner Korrespondenz veröffentlicht im Wortlaut den vielgenannten Brief des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates, Barthausen, an den Pfarrer Lorenz in Weissenfels, der von der Stellung der Geistlichen zu den evangelischen Arbeitervereinen handelt. Es ist ein Meisterstück pfäffischer Diplomatie, die sich anklagt durch alle Schwierigkeiten hindurchzuwinden sucht und stets auf beiden Achseln das Wasser tragen will. Präsident Barthausen sagt, der Erlaß habe die Stellung des evangelischen Oberkirchenrates zu den Arbeitervereinen im allgemeinen nicht verändert; nur indem er sich gegen „sozialpolitische Agitation“ richte, wende er sich auch gegen diejenigen Arbeitervereine, die sich mit „sozialpolitischer Agitation“ befassen.

Nun wird die Welt hoffentlich bald einmal mit einer Kundgebung des Oberkirchenrates beglückt werden, in der er auseinandersetzt, was er eigentlich unter sozialpolitischer Agitation versteht.

Herr Cameja-Saska, der entgleiste Moskauer Bankrottredner, der von den Prinzen als dem „Gefolge“ gesprochen hat, erhielt nach einem St. Petersburger Blatt vom König von Preußen den Roten Adler-Orden 4. Klasse. Möge er ihm wohlthun!

Ein Seitenstück zum Fall Beck hat sich in Rattibor zugezogen. Ein zur Uebung einberufener Vicefeldwebel wollte sich dort an einem Tanz beteiligen, durch den der Radfahrerverein Wanderer das Fest seiner Bannerweibe in Hausmanns-Etablissement beschloß, wurde jedoch abgewiesen. Der Vicefeldwebel begab sich nun sofort zur Hauptwache, requirierte daselbst zwei mit Gewehr bewaffnete Soldaten und drang mit diesen in den Saal, um den Herrn, der ihm das Mitlangen verboten hatte, zu verhaften. Ein Offizier des dortigen

Bataillons, wo der Vicefeldwebel seine Uebung absolvierte, war zufällig anwesend und veranlaßte den Aufseher, sich mit den von ihm requirierten Mannschaften zu entfernen. Was wird diesem frechen Patron von Vicefeldwebel geschehen, dessen Name in den Wäuttern, die über die preussische Zuchtberichte, leider nicht mitgeteilt wird?

Der freikonservative Landtagsabgeordnete Arendt, der literarische Agent der Silberbarone, bleibt doch stets Bajazzo, auch wenn er in Blut- und Eisenpolitik macht. In dem letzten Heft seines Deutschen Wochenblattes sagt er anlässlich von im Bundesrat zu Tage tretenden Meinungsverschiedenheiten: „Die preussische Regierung muß, ehe es zu spät ist, die Fingel fester fassen und die Kleinen darüber aufklären, daß ein Mißbrauch mit dem Stimmrecht im Bundesrat bedenkliche Folgen haben müßte. Damit das aber geschieht, müssen wir erst wieder eine kräftige Regierung haben. Die Faust fehlt eben auf diesem wie auf allen Gebieten. Man kann sich nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn dergleichen Abstimmungen im Bundesrat zu Wismarschen Zeiten sich ereignet hätten. Damals war das einfach unmöglich.“ Die Rute fehlt Herrn Arendt, dem schellenlauten Thoren der Reaktion.

Stettin, 17. Juni. Vor der Strafkammer begann heute vormittag die auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen drei Beamte und zwei Kupferschmiede des Vulkan wegen der Explosion auf dem Kriegsschiffe Brandenburg am 18. Februar 1894, wobei 44 Personen getötet wurden.

Düsseldorf, 17. Juni. Der Redacteur der demokratischen Bürgerzeitung, G. Stoffer, der am 15. Juni eine neunmonatliche Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung antreten sollte, hat sich, um, wie er in der Bürgerzeitung erklärt, einen „Strafausschub zu erzwingen“ ins Ausland begeben. Er sehe sich zu diesem Schritt genötigt aus Rücksichten auf seine Frau, die eben erst von einem dreijährwöchigen Krankenlager aufgestanden sei.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 16. Juni.

Nach einem Tag, der die Oesterreichische Delegation; heute redete sie über auswärtige Politik. Es war werklöses Geklapper, das vom Nachtwächter bis zum türkischen Kaiser schweifte, den Dreihund, China, Rußland, Gott und die Welt in den Bereich der hohen Phantasie der Redner zog. Kurz, ein Jammerbild!

Der Jungtscheche Kurmarsch donnerte gegen den Dreihund, Graf Burmbrand verteidigte ihn.

Das meinen die Herren die „hohe Politik“.

Frankreich.

Der Zuderkrieg geht weiter.

Paris, 17. Juni. Der Oberstabschef der Ministerpräsident Méline, von Volke „Vater Hunger“ genannt, empfing heute vormittag eine Anzahl Senatoren und Deputierte aus den Zudergegenden. Die Zudersenatoren klagen über das neue deutsche Zudersteuergesetz, das durch seine hohe Ausführungsvergütung die französische Zuderindustrie gefährde. Herr Méline erklärte, daß Gegenmaßregeln notwendig seien. Er werde eine außerparlamentarische Kommission aus Vertretern des Ackerbau- und des Finanzministeriums, sowie des Handels ernennen, die ohne Aufschub die Auslagen der Zudersensoren entgegennehmen solle zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, über den die Regierung beschließen werde.

Erst kommt Oesterreich, um Frankreich, der Brämienskrieg lobert schon in hellen Flammen, und die Verbraucher, die Steuerzahler müssen überall die Beche zahlen.

Italien.

Wahl in Mailand.

Mailand, 15. Juni. Durch den großartigen Sieg im 5. Wahlkreis hat die italienische sozialistische Partei einen Markstein in ihren Entwicklungsgang gesetzt. Der 14. Juni 1896 wird besonders ein denkwürdiger Tag bleiben für die lombardischen Wahlen, die zum erstenmal in Italien einen unversälzten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Parteien kämpften und den ersten lombardischen Parlamentarier wählten, den bewährten Genossen Filippo Turati.

In der Wahl von 1892 fielen kaum 400 Stimmen auf Turati, nach 3 1/2 Jahren hat sich seine Gefolgschaft mehr als verdreifacht. Als die Siegesnachrichten eine nach der anderen von den 16 Sektionen durch die Stadtfahrer ins Vereinslokal gebracht wurden, ertönten jedesmal begeisterte Jubelrufe: Viva il socialismo, begleitet von Händeschwenken, Händedrücken und Umarmungen unter den tausend erwartungsvoll versammelten Genossen. Jede öffentliche Freudenkundgebung war polizeilich verboten. Der 5. Wahlkreis ist erobert und geht nicht mehr verloren, da bei nächster Wahl die Reserve von 500-600 neu eingeschriebenen Wählern ins Treffen geführt werden kann. Die Vorarbeiten zur Eroberung des 4. Wahlkreises sind schon weit gediehen. Es geht vorwärts.

Großbritannien.

Zur parlamentarischen Lage in England. — Jameson und Cecil Rhodes.

London, 16. Juni. Das Schicksal, das alle Ministerien erreicht, früher oder später, die ohne Programm sich an die verantwortliche Aufgabe des Regierens und Gesetzgebens machen, hat Lord Salisbury's Kabinett schon im ersten Monat seiner Existenz eingeholt. Die buntschichtige Majorität von Tories, Whigs und ehemaligen Radikalen, die dem Hause Cecil Treue geschworen hat, ist nicht im Stande, die Schulvorlage durch das Unterhaus zu bringen. Das Band, das diese Leute vereint, ist ihre Feindschaft gegen die Partei, an deren Spitze B. C. Gladstone stand — weiter nichts. Diese rein negative Haltung machte sie zur leichtesten Beute aller zudringlichen Schreier, unter denen die Agrarier und die Pfaffen die lautesten waren. Den Agrarier hat man in aller Eile die Taschen füllen können; aber da es sich darum handelte, den sprichwörtlich guten Magen der Kirche mit der Schulnovelle und Staatsbeiträgen für Kirchenschulen zu füllen, ist dem gutmütigen John Bull das unbedenkliche Zeug aufgestoßen — und das Ministerium nimmt Reißaus. Eine Herbstsession allein könnte das vielumstrittene Gesetz retten, aber die Herren Gesetzgeber wollen sich das Jagdvergnügen, das Mitte August anhebt, nicht verderben lassen.

So soll die Tagung dann unterbrochen und Mitte Januar fortgesetzt werden: ein Vorschlag, der eigentlich niemandem behagt. A. J. Balfour, Lord Salisbury's Neffe, der ihn ausgehört, wurde auf der Parteiverammlung mit eifriger Kälte angehört. Sir John Gorst, der einzige unabhängige Mann im Ministerium (er ist als Chef der britischen Abordnung auf der Berliner

Konferenz für Arbeiterschutz gewesen) hat auch gestern im Unterhaus die marklose Haltung des Herrn Balfour mit gebührendem Sarkasmus gezeihelt. Denn man bemerkt wohl, Sir John steht dieser unseligen Schulvorlage zu Gebote. Jetzt, wo nicht einmal der erste von 34 Abschnitten angenommen ist, soll sie gewissermaßen bis nächstes Jahr in den Rauchfang gehängt werden — kein Wunder, daß bestimmt behauptet wird, Sir John Gorst weigere sich, die Gesetzesvorlage dann wieder unter seinen Schutz zu nehmen. Man wird wohl die ganze unselige Vorlage fallen lassen. Das wäre auch das geschickteste. Aber was für eine Demütigung für ein Kabinett, mit einer Majorität von 150, die bei Ausbruch der zweiten Lesung der Schulvorlage auf 287 anschwoll!

Dagegen soll die irische Agrarvorlage durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke nimmt Gerald Balfour alle von den Agrariern vorgeschlagenen Amendements an. Das ist sehr bezeichnend; während die Wortführer des irischen Bauernstandes von dem Gesetz in seiner jetzigen Form nichts mehr wissen wollen. Es sieht ganz danach aus, als ob diese Regierung der Agrarier alles aufwende, um diejenigen Gesetze durchzusetzen, durch welche die landbesitzende Klasse profitiert — in der Gesetzesvorlage für schmalspurige Bahnen hat der Minister Ritchie denjenigen Grundbesitzern, die sich der Expropriation des Landes unterwerfen müssen, einen Zuschlag von 10 Prozent zugesichert — und dann aprés nous le déluge. Die Einkünfte hat bereits die Schulbill verschlungen und heult noch mehr.

Es war wohl klug, von den 15 der Teilnahme an Jameson's Benetzung angeklagten Offizieren 9 freizulassen und bloß 5, an deren Spitze Jameson, vor das aus 3 Richtern bestehende High Court (Obergericht) zu stellen, das im nächsten Monat verurteilt wird. So lange aber die Regierung die Untersuchung in der Ausführung der Chartered Company aufschiebt und damit dem Haupt der Verschwörung, Cecil Rhodes, Gelegenheit giebt, in Südafrika nach Willkür weiter zu wirtschaften, hat Präsident Krüger — den Lord Salisbury als „großes Individuum“ gestern verpöttele — gerechte Veranlassung, sich darüber zu beklagen, man bestrafe die kleinen Hunde und lasse den Mann laufen, der sie angehebt. Die Haltung der Wortführer der liberalen Partei im Oberhaus, Lord Kimberley und Rosebery, ist ganz korrekt: sie beklagen sich über die Verschleppung, welche vom Ausland der Versidie Albions zugeschrieben wird. Denn sie giebt Rhodes die gewünschte Gelegenheit, sich in seinem Rhodesia zu besetzen, das, wenn die Charter (Freibrief) der Company fällt, unschwer in eine Kronkolonie verwandelt werden kann, in welcher der Napoleon Südafrikas die erste Weige spielen wird.

Rußland.

Ein offener Brief an den Zaren.

Die Pariser Revue blanche (d. i. weiße Zeitschrift) veröffentlicht einen offenen Brief an den Kaiser Nikolaus II., der von der liberalen Partei in Rußland ausgeht und vor und während den Krönungsfesten massenhaft handschriftlich verbreitet worden ist.

Der Brief sagt dem Zaren, daß ihm die wahre Lage seines Volkes von den Beamten sorgsam verheimlicht würde, damit sie um so leichter ihre persönlichen Interessen verfolgen können. Sieblig' aus diesem Grunde seien sie eifrig bestrebt, die Autokratie aufrecht zu erhalten, die ungeheure Gefahren für das ganze Volk mit sich bringt, weil jedes Wort der Kritik brutal unterdrückt wird. „So lange Sie, Eure, sich berechtigt glauben,“ heißt es in dem Briefe, „allein nur in der Majestät Ihrer freien Unabhängigkeit an Stelle einer Nation von vielen Millionen von Menschen zu denken, zu entscheiden, zu handeln, so lange Sie jede Kritik der bestehenden Ordnung, jedes Bestreben nach Besserung als eine Antastung Ihrer heiligen Vorrechte betrachten, — so lange können die Beamten, wie sie sehr wohl wissen, mit unveränderlichem Erfolge Ew. Majestät betrügen, können, vor Ew. Majestät Namen gebend, den Bedürfnissen des Volkes Hohn sprechen und können die öffentliche Meinung herausfordern und ihren Urteilsprüchen Trotz bieten.“ Mit sehr wirkungsvollen Worten wird dann der Zar noch auf den Wert oder besser den Unwert der Veranstaltungen in Moskau hingewiesen, wird ihm gesagt, daß all dieser Glanz und diese Pracht aufgebaut ist auf dem Elend und der Unfreiheit des arbeitenden Volkes.

So berechtigt dieser Anschrei des geknallten Volkes auch ist, so wirkungslos wird er verhallen. Selbst wenn ein nicht wahr-scheinlicher Zufall dem Zaren den Brief in die Hände spielen sollte: was kann dieser arme, von der Epilepsie geplagte Mensch gegen den Klängel ausrichten, der ihn umgiebt und in ständiger Todesangst erhält? Nichts.

Die Befreiung des russischen Volkes kann nur sein eigenes Werk sein, und bemerkenswerte Ansätze dazu sind bereits vorhanden. Die Bewegung unter den russischen Industriearbeitern, die wir in unserer heutigen Uebersicht behandeln, legt ein glänzendes Zeugnis davon ab, daß der Gedanke der Organisation in ihren Reihen kräftig Wurzel geschlagen hat.

Türkei.

Neue Krawalle in Armenien.

Konstantinopel, 17. Juni. Die Regierung erhielt eine vom dem Wali (Statthalter) von Wan, der Hauptstadt des armenischen Bezirks Wan, Racim Pascha, und dem Präsidenten der Inspektionskommission, Sadeddin Pascha, unterzeichnete Depesche über Vorgänge im Wan, die sich vorgestern ereignet haben. Nach der Depesche veranlaßte die Verschaffung eines Mädchens, das „revolutionäre Schriften“ bei sich trug, unter den Armeniern Aufregung. In dem von den Armeniern bewohnten Stadtteil wurden Militärpatrouillen angeschossen. Die Häuser und Geschäfte wurden gesperrt. Es fanden Schlägereien mit den Mohammedanern statt. Racim Pascha und Sadeddin Pascha verboten, in die armenischen Häuser einzudringen, um größere Zusammenstöße zu verhindern. 50 Menschen verloren das Leben. Bei den Armeniern wurden viele Repetiergewehre und Mittelmantel-Geschosse gefunden. Zur Verhinderung ähnlicher Vorfälle erteilte die Pforte allen Zivil- und Militärbehörden im Drahtwege die Weisung, die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Hierzu zwei Beilagen.

Achtung! Schmiede! Achtung!

Sonnabend den 20. Juni abends 7/9 Uhr (5405)
Große öffentl. Versammlung
im Saale der Flora, Windmühlenstraße.
Tagesordnung: 1. Situationsbericht und Diskussion. 2. Gewerkschafts-
liches. Das Streikomitee.

Konsumverein L.-Eutritsch u. Umg.

E. G. m. beschr. Haftpf.
Sonnabend den 20. Juni abends 7/9 Uhr
Außerordentliche General-Versammlung
im Gasthof zum Helm, Eutritsch.
Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über event. Beitritt zu einer zu gründenden
Gesellschaft mit beschränkter Haftung. 2. Verschleudern. (5407)
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die **Markenkarten** und **Mitgliedsbücher** von Montag den 6. bis mit Sonnabend den 11. Juli
vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 2-7 Uhr in unserem
Comptoir, Gohlis, Dorotheenstraße 27, abzuliefern sind, und zwar für die
Mitglieder:
1-800 den 6. Juli | 2001-2500 den 9. Juli
801-1400 den 7. Juli | 2501-3000 den 10. Juli
1401-2000 den 8. Juli | 3001-Ende den 11. Juli
Der Vorstand: H. F. Scheffel, Karl Hermann.

Achtung, Bauhandarbeiter!

Sonntag den 21. Juni nachmittags 3 Uhr
Öffentl. Versammlung
der Bauhandarbeiter von Schkeuditz u. Umg.
im Saale von Zeißlers Restaurant.
Tagesordnung: 1. Die Lage der Bauhandarbeiter und wie haben wir
dieselfe. (Referent; Gensche aus Leipzig.) 2. Diskussion.
Sämtliche Bauhandarbeiter von Leipzig und Umgegend sind eingeladen.
Der Einberufer.

Achtung, Bauhandarbeiter!

Sonntag den 21. Juni 1896
Ausflug nach Schkeuditz.
Sammelplatz: 6 Uhr Universitätskeller, Ritterstr. 7, für Süden und Osten;
7/7 Uhr Schützenhof für Westen und Norden. Abmarsch: 7/7 Uhr Universitäts-
keller; punkt 7 Uhr Schützenhof. (5896)
Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann.

Dachdecker.

Sonntag den 21. Juni **Ausflug** nach Oetzsch mit
Familie. Treffpunkt präzis 7 Uhr Gosenhal. Freunde und Gönner unseres
Verbandes sind herzlich willkommen. Der Vertrauensmann.

Verein der Schuh- u. Schäftebranche.

Sonntag den 28. Juni 1896
Sommer-Fest
in sämtlichen Räumen des Gasthofs zu Neustadt.
Außer Konzert und Ball ist für Unterhaltung aller Art genügend
Sorge getragen.
Anfang 8 Uhr. Programme im Vorverkauf à 15 Pf. sind im Universitäts-
keller sowie im Büfett des Gasthofs Neustadt zu entnehmen. Das Komitee.

Zum deutschen Hof
Empf. täglich fräst. Mittagstisch
zu 25 u. 40 Pf. Getränke wie
bekannt gut und billig, nur 1. Qual.
Gute Zimmer u. Betten. Zimmer
von 75, Betten von 30 Pf. an. Jeden Dienstag Schlachtfest sowie jeden Sonnabend
Schweinsbraten. Vorwärts liegt aus. Um gütige Unterstützung bittet Fritz Petzschner.
Freitag und Sonntag

Pantheon. Große Ballmusik.

Speisen und Getränke in bekannter
Güte.
Ergebenst ladet ein **Robert Müller.**

Leipziger Westend-Fahrrad-Depôt

Franz Seiffert
Plagwitz, Zschochersche
Strasse 62.
Allein-Verkauf
für Wanderer (Winkhofer & Jaenioko,
Chemnitz).
Triumph (Louis Bole, Heilbronn).
Storaträder, eigenes Fabrikat.
Erste Marken.
Reparaturwerkstatt für alle Systeme. Vernickelungsanstalt.

Herren- u. Knaben-Garderoben- Riesen-Ausverkauf

Leipzig, Reichstr. 47 **W. Palm** Leipzig, Reichstr. 47.
Auszug aus dem Preis-Conrants (788)
Dauerhafte Arbeitshosen v. 1.30 an Eleg. Kammg.-Chev.-Anz. f. H. v. 20. — an
Stoffhosen für Herren 2.70 " 2-reihige Jacketts in Stoff 5. — " "
Eleg. Herren-Hosen in Stoff 4.50 " Sommer-Jacketts 1.25 " "
Westen 1.40 " 2-reih. Knab.-Anzüge l. Stoff 2.50 " "
Herren-Anzüge in Stoff 9.50 " Somm.-Norm.-Schul-Anzüge 3.35 " "
Eleg. Herren-Cheviot-Anzüge, Elegante Knaben-Anzüge 3.95 " "
in Stoff, 2-reihig v. 13.25 " Knaben-Cheviot-Anzüge 2.95 " "

Achtung, Metallarbeiter!

Freitag den 19. Juni abends 7/9 Uhr
Öffentl. Metallarbeiterversammlung
im grossen Saale der Gesellschaftshalle zu L.-Lindenau.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Staatsklugheit, Unternehmer-Egoismus und Arbeiter-
Glend. 2. Votalsfrage. 3. Werkstellenangelegenheit.
Referent: **Karl Wiesenthal.** (5894)
Die Arbeiter der Firmen **Blatt und Rast, Gwidertshy und Frederking** sind ganz besonders eingeladen. D. E.

Eine Wohlthat nach harter Arbeit ist: „Ubrigin“, Pflanzenfaser-Seife

ohne jeden schädlichen Zusatz.

Darüber schreiben:
Herr Dr. Rosenthal, Privatklinik für Hautkrankheiten, sagt unter anderem in der Dermatologischen Zeitschrift:
„Die Seife eignet sich vor allen Dingen als Wasch-
seife für uns selbst, die wir mit Salben, Fetten und
sonstigen, wenig sauberen Dingen viel zu thun haben.
Bisher hat mich noch keine Seife so befriedigt. Ferner
ist dieselbe aber besonders geeignet, bei allen Parake-
rassen, wo Schuppen und Auflagerungen von der
Haut zu entfernen sind. Patienten, die seit Jahren
an Psoriasis leiden und alle möglichen Seifen zur Ent-
fernung der Schuppen angewendet hatten, ziehen aus-
nahmslos die Pflanzenfaserseife vor. Dieselbe hat den
grossen Vorzug, dass sie die Haut nicht besonders reizt
wie dass bei anderen Seifen der Fall ist, welche Zu-
sätze zur mechanischen Einwirkung auf die Haut,
wie Bimstein, Marmor etc. besitzen.“
Herr C. Knoop, Minden i. W., schreibt unter dem
27. 4. 96: Umstehenden Betrag erhalten Sie als Zahlung
für die gelieferten 1000 Stück. Ihre Seife hat im all-
gemeinen Befall gefunden und hoffe ich, bald wieder
einen Posten bestellen zu können.

Die Maschinenfabrik und Eisengiesereien von Alb.
Fesca & Co., Berlin, schreibt unterm 21. 2. 96: „Auf
Ihre gef. Anfrage teilen Ihnen ergebnis mit, dass
die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“
von unserem Fabrikpersonal sehr gern benutzt und
wegen ihrer ausserordentlichen Wirkung allen anderen
Reinigungsmitteln vorgezogen wird.“
Die Firma Koch & Bein, Berlin, schreibt unter dem
16. 12. 95: „Mit Vergnügen teilen wir Ihnen mit, dass
die von Ihnen bezogene Pflanzenfaser-Seife „Ubrigin“
ganz den an dieselbe gestellten Erwartungen entspricht,
und werden für unsere Lackierereien und Maschinen-
räume für die Zukunft nur Ihre „Ubrigin“ als Wasch-
mittel für die Arbeiter benutzen.“
Herr Georg Liebig, Werkmeister, Schweißnitz,
schreibt unterm 20. 4. 96: „Senden Sie mir 8 Schachteln
Nr. 1 Ihrer Pflanzenfaser-Seife. Das gesandte Probe-
stück ist ausgezeichnet, sogar angetrockneter Eisen-
lack ging bequem los.“
Herr Robert Richter, Lokomotivführer, Oels i. Schl.,
schreibt unterm 27. 4. 96: „Ich bitte um Zusendung
von 200 Stück wie schon einmal am 4. 3. 96 gehabt.
Dieselbe findet allgemeine Anerkennung.“
Herr Hans Baath, Werkstätten-Vorsteher, Berlin,
8. 3. 96: „Die von Ihnen bezogene Seife „Ubrigin“
wird von den Arbeitern der Maschinen und Eisen-
gießerei gern benutzt und besonders zum Reinigen
sehr schmutziger Hände. Von den kürzlich gelieferten
400 Stück sind nur noch wenige vorhanden und wird
Ihnen ein Auftrag auf Neulieferung baldigt zugehen.“

Das Stück 10 Pfg., in Schachteln von 6 Stück 60 Pf.
zu haben in allen mit Plakaten versehenen Handlungen.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages ab Versandstelle „Ubrigin“, Westend-Berlin, Ulmen-Allee 2.
8 Schachteln = 48 Stück für 4 Mk. franco Post.

Restaurant O. Schindler } Kräftiger Mittagstisch bei mus. Unterhaltung zu 50 Pf.
Sternwartenstraße 18. } inkl. Bier. Täglich Freikonzert von vorm. 11 Uhr ab.

W. Spless, Stadt Hannover, Seeburgstr.
Speise- und Verleis-Haus der Gewerkschaften. (9385)
Gut. bürgerl. Mittagstisch, 40 Pf. Abendbrot von 30 Pf. an, H. Crostiger
2 Glas 25 Pf. Echt Rumbacher 15 Pf. Regelmäßig pro Abend 1,50 Mk.

Arbeiterverein Cauda.
Sonnabend, 20. Juni
Mitglieder-Versammlung.
T. D.: Der Mittelstand von heute und
die Sozialdemokratie. (5898)
Zahlreiches Erscheinen erwartet D. B.

**Auktion. Gr. Fleischer-
gasse Nr. 1.**
Diverse Fleischwaren und Cigarren.
J. A. Reuter, Aukt. u. Tag.
Anträge zur Versteigerung werden
jederzeit angenommen. (5888)

Morgen Freitag: Schlachtfest.
F. Sauertraut 2 Pfd. 15 Pf.
Robert Höppner, Lindenau, Kurellenstr. 37.

Freitag Schichtfest.
H. Flebig, Lindenau, Weitzenstr. 55.
Mittag frische Wurst. (5898)
Sämtliche Kindernährmittel
in feis feischer Packung, Verbandstoffe,
Spülkanen u. s. w. empfiehlt (5890)
**Gust. Hoffmann, 2. Krieger-
Zweinaunderer Str. 6.**

Grosszwocher.
Rindfleisch . . . à Pfd. 55 u. 60 Pf.
Schweinefleisch . . . à " 50 " 55 "
Kalbfleisch . . . à " 55 " 60 "
Jeden Tag frische Rindfleischbällchen
à Pfund 20 Pf.
E. Bretschneider, Hauptstr. 12 D.
Sonnabend, 20. Juni, werden zwei
Schweine ausgepfundet. Fleisch à Pfd.
55 Pf., Wurst à Pfd. 70 Pf. (5888)
L. Mendt, Karolstraße 12, I. 1.
Zu verk. Ranie Welt, Jahrg. 78, 79, 83, 84,
Der wahre Jakob, Nr. 100-300, Die Fadel, 78,
m. Alt. Parcellen, Lindenau, Sophienstr. 8, p.

Damenkleider werden für 6 Mk. nach
neuester Façon gearbeitet, Veränderungen
billigst. **Wäutigasse 2, III.**
Ein geb. Kinderwagen bill. zu verkauf.
L. Neuschütz, Künnerstraße 44, II.
Ein guterhalt. St. Wagon zu verkaufen.
Plagwitz, Biegelstraße 26, prt.
Ein Kinderwagen u. 1 Kissen, beides wie
neu, billig zu verk. Schönauerweg 3, IV. 1.
Leierkasten, 30 Noten, für 16 Mk. zu ver-
kaufen. Schenkendorffstraße 35, IV. v.
Ein g. Streichbass billig zu verkaufen.
Eiff. unt. U. Z. an die Expedition d. Bl.
1 geb. Wochswanne zu kauf. gef. Off. abzug.
Buchbind. Freitag, Gohlis, Breitenfelder Str.
Wettst. m. Matr. Kleber- u. Rüchenschir. u.
bill. auf Abzahlung Bayerische Str. 6, p. r.
Ein Posten geb. Weinforke, sowie Stantol
von Weinf. bill. abzug. Off. R. 100 Exp. b. Bl.

Reklamwörter Redakteur: Rich. Livinski in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Feinisch in Leipzig.

Reichstag.

21. Sitzung vom 17. Juni 1896. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, von Bütticher, von Marschall, Graf Posadowski.

Den Vorsitz führt der erste Vizepräsident Schmidt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abg. Graf v. Hoppe und Genossen: Am 20. Februar 1896 beschloß der Reichstag mit großer Mehrheit den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872.

Am 7. Dezember 1895 theilte der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär und Staatsminister Dr. v. Bütticher, dem neu zusammengetretenen Reichstage amtlich mit, ein Beschluß des Bundesrats über den obigen Reichstags-Beschluß sei bisher nicht erfolgt.

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Fragen:

1. Ist ein Beschluß des Bundesrats in dieser Angelegenheit auch heute noch nicht erfolgt? Und wenn nicht, 2. aus welchen Gründen hat der Bundesrat die Fassung einer Entschliessung über den genannten Beschluß des Reichstages bis jetzt verzögert?

3. gedenkt der Herr Reichskanzler eine solche Entschliessung nunmehr nach Ablauf von 18 Monaten, und jedenfalls nach vor Beendigung des gegenwärtigen Abschnitts der Reichstags-Arbeiten herbeizuführen?

Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Graf Hoppe (Z.): Es entspricht nicht den Geboten der Billigkeit, ein Gesetz aufrecht zu erhalten, durch welches unserer heiligen Kirche ihre freie Thätigkeit genommen wird, während der erste beste Anarchismus seine Lehren und Thätigkeit verbreiten kann. Von diesem Standpunkte aus ist es für unsere katholische Bevölkerung von der größten Wichtigkeit zu erfahren, ob noch im Laufe der jetzigen Tagung eine entsprechende Stellungnahme zu unserem Antrag zu erwarten ist. Indem ich nun den Herrn Reichskanzler bitte, unsere Fragen zu beantworten, will ich noch ausdrücklich konstatieren, daß die Antwort, sie möge ausfallen, wie sie wolle, unsere Stellungnahme zum Bürgerlichen Gesetzbuch in keiner Weise alterirt, daß alle Kombinationen hierüber jeder thatsächlichen Unterlage entbehren und vollständig grundlos sind. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Auf die Anfrage der Herren Interpellanten habe ich folgendes zu erwidern: Die Beschlußfassung des Bundesrats auf den vom Reichstage am 20. Februar vorigen Jahres in dritter Beratung angenommenen Beschlusse betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden Jesu vom 4. Juli 1872 ist bis heute noch nicht erfolgt. Der Bundesrat hat davon absehen zu können geglaubt, baldigt von neuem zu der Frage der Aufhebung dieses Gesetzes Stellung zu nehmen, weil er vor derhältnismäßig kurzer Zeit, am 9. Juli 1894, die Frage einer eingehenden Beratung unterzogen hatte, und zu der auch dem Reichstage mitgetheilten nahezu einmüthigen Ueberzeugung gelangt war, daß er einer Aufhebung des Gesetzes nicht zustimmen könne. Seit der Zeit sind keinerlei Umstände eingetreten, welche gegenwärtig eine veränderte Stellungnahme als notwendig erscheinen lassen. Zugleich aber ist die Verzögerung dadurch hervorgerufen, daß es in der Absicht liegt, in eine weitere Prüfung darüber einzutreten, ob außer den durch den Bundesratsbeschluss vom 9. Juli 1894 von der Anwendung des Gesetzes ausgeschlossenen Kongregationen der Redemptoristen und Priester vom heiligen Geiste noch die eine oder andere Genossenschaft, welche bisher den Wirkungen desselben unterstellt gewesen ist, von diesen Wirkungen ebenfalls ausgeschlossen werden kann. Die Prüfung ist noch nicht beendet. Es empfiehlt sich deshalb, den Abschluß der Erörterungen abzuwarten, um wenigstens insoweit den auf die Zulassung einer Genossenschaft gerichteten Wünschen entgegenzukommen zu können, als dies nach der Auffassung der verbündeten Regierungen thunlich erscheint. Inzwischen bin ich bereit, auf eine beschleunigte Beschlußfassung des Bundesrats hinzuwirken.

Auf Antrag des Abg. Lieber (Z.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Lieber (Z.): Graf Hoppe hat sich bei seiner Begründung jeder Schärfe enthalten; er hat bescheiden nur vom Centrum und der katholischen Kirche gesprochen, während es sich eigentlich um eine Verurteilung des Anarchismus handelt. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Wenn nach 16 Monaten ein Beschluß des Bundesrats noch nicht erfolgt ist, so ist schwer, eine Parallele nicht zu ziehen gegenüber anderen Angelegenheiten. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Die verbündeten Regierungen sind bei ihren Vorlagen, wenn sie abgelehnt werden, schnell bei der Hand, eine neue Vorlage zu machen. Es ist in hohem Maße befremdend, wie Anträge der verbündeten Regierungen mit Hochdruck zur Verabschiedung gebracht werden, während man auf der anderen Seite wahrnehmen muß, mit welcher Langsamkeit und Bedächtigkeit der hohe Bundesrat längst spruchreife Entscheidungen des Reichstages erwägt. Der Gegensatz, daß der Anarchist frei umherziehen kann, während der Jesuit bei Gefahr der Ausweisung sich aller geistlichen Amtshandlungen enthalten muß, ist krasser, als Graf Hoppe dargestellt hat. Es ist ja die tröstliche Aussicht eröffnet worden, daß einige Ausnahmen gemacht werden sollen. Ich hoffe, daß die Frauen vom heiligen Herzen Jesu zu diesen Ausnahmen gehören. Ich halte es für eine Schmach für Deutschland (lebhaft Zustimmung), daß diese Frauen nur deshalb aus Deutschland verwiesen sind, weil der hohe Bundesrat sie für den Jesuiten verwandt hält. Aber in dem Augenblick, wo wir die Hand bieten, das Bürgerliche Gesetzbuch bald zu verabschieden, um endlich die rechtliche Gleichheit einzuführen, müssen wir klagen vor die Gesetzgebung des Deutschen Reiches treten, weil immer noch die politische und vererbende Rechtsungleichheit aufrecht erhalten wird vom Bundesrat. Der Reichstag hat das seinige gethan. Es wird nunmehr Sache der verbündeten Regierungen sein, auch das ihrige zu thun. (Lebhafter Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Abg. Graf Limburg-Sittum (L.): Ich bin nicht der Meinung, daß man das Jesuitengesetz in seiner Gesamtheit aufheben kann, daß die verbündeten Regierungen in der Lage sein werden, im Interesse des religiös-politischen Friedens dasselbe zu beseitigen. (Widerspruch im Centrum.) Da der Antrag seinerzeit so gestellt war, ist es für die Regierung unmöglich, ihm beizustimmen. Ein Theil meiner Freunde, nicht alle, würden vorschlagen, den § 2 aufzuheben. Ich möchte den Herren daher vorschlagen, zwei Anträge zu stellen: Das ganze Gesetz aufzuheben oder den zweiten Paragraphen; die verbündeten Regierungen können dann das eine oder das andere annehmen.

Abg. Schall (L.): Es ist aus unserem Schweigen der Schluß gezogen worden, daß die evangelische Geistlichkeit ihre Pflicht verletzt hätte, aus Konnivenz gegen die Katholiken oder aus Ver-

kennung der Wichtigkeit der Sache. Der Jesuitenorden ist nach seiner Begründung, Geschichte und Praxis ein Kampfordern (Widerspruch im Centrum) zur Beseitigung der evangelischen Kirche (Widerspruch im Centrum). Die evangelische Kirche trägt die Malzeichen dieses Kampfes noch zu sehr an ihrem eigenen Helme, als daß sie sich dazu verstehen könnte, ihre Gegner zu stärken. Deswegen bleibt es bei uns dabei bezüglich der Jesuiten: sint, ubi sunt (sie mögen sein, wo sie sind), aber bei uns non sint (mögen sie nicht sein).

Abg. Lieber (Z.): Wir sind Feinde jeder Ausnahme-gesetzgebung, gleichviel ob sich dieselbe gegen eine Klasse oder gegen eine Klasse, gegen ein Geschlecht oder gegen eine politische Partei richtet. Dieses traurige Ueberbleibsel aus der Zeit des Kulturkampfes muß daher schleunigst beseitigt werden. Wir wissen, daß wir eintreten für die Zulassung von Männern, die zu unseren geschworenen Feinden gehören (Beifall im Centrum); aber wir fürchten uns vor ihnen nicht; wir vertrauen der Güte unserer Sache und werden den Kampf mit ihnen wagen, obgleich die Ordnungsparteien an diesen Männern einen sehr bedeutenden Zuwachs an Intelligenz und Macht gewinnen. (Sehr richtig! im Centrum.) Es ist ein merkwürdiges Ding, daß ein Jahr nach Gründung des Deutschen Reiches sofort mit der Ausnahme-gesetzgebung vorgegangen wurde, daß während der 25 Jahre seines Bestehens alle möglichen Ausnahme-gesetze gemacht sind, bald gegen eine Konfession, bald gegen einen Volksstamm in Polen oder in Ostpreußen, bald gegen eine politische Partei. An der Spitze derjenigen, welche diese Ausnahme-gesetze beschworsten, stand die Partei, welche sich national und liberal nannte, aber beides nicht war. (Zustimmung links und im Centrum.) Es kam schließlich soweit, daß beinahe die Mehrheit der Deutschen als Reichsfeinde bezeichnet wurde. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Als Gegner des ganzen Ausnahme-gesetzes bedanke ich mich für das Zugeständniß der Entbehrlichkeit der einen Hälfte desselben; die Beseitigung dieser einen Hälfte mögen die Freunde des Ausnahme-gesetzes selbst beantragen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn auch seitens der Regierung die Beseitigung des § 2 vorgeschlagen würde, so müßte ich doch die Herren vom Centrum schlecht kennen, wenn sie nicht trotzdem auf Beseitigung des ganzen Gesetzes beständen. (Sehr richtig! im Centrum) und ich werde sie dabei unterstützen. Graf Limburg will die Jesuiten fern halten wegen des religiös-politischen Friedens. Gaben wir seit der Ausweisung der Jesuiten denn Frieden gehabt? Fürst Bismarck hat keinen größeren Fehler gemacht als damals, als er den Kulturkampf in Szene setzte. (Sehr richtig! im Centrum.) In der Beurtheilung der großen Strömungen des geistigen und öffentlichen Lebens war der große Staatsmann ein jammervoller Stümper. (Gelächter rechts, Zustimmung links.) Den Frieden werden wir nicht haben, wenn die Jesuiten zurückkehren, obgleich die Jesuiten eine Kampfgemeinschaft sind, die namentlich bei der Unfähigkeit der Regenten von nicht zu unterschätzendem Nutzen sein kann. (Zustimmung.) Mit Deuten, die keiner Logik fähig sind, wird man sich vergeblich streiten. Das Herr Schall Sorge hat, daß die reformatorischen Erregungen gefährdet sind, ist ja anzunehmen. Aber der Kampf wird ja von der katholischen Kirche schon geführt und wenn er mit Erfolg geführt werden konnte, dann ist daran schuld, daß die Träger des Protestantismus in den sozialen Fragen eine so traurige Rolle spielen, wie z. B. Herr Schall in der Bäderfrage. Die Arbeiter haben allerdings kein Vertrauen mehr zur evangelischen Geistlichkeit und Kirche. Soll jeder Deutsche sich wohl fühlen, dann muß die Ungerechtigkeit der Ausnahme-gesetze entfernt werden und dazu gehört das Sozialistengesetz (Heiterkeit), ich meine das Jesuitengesetz. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Fürst Radziwill spricht namens der Polen die volle Zustimmung zur Interpellation des Centrum aus. Alle Parteien des Hauses sollten sich darauf besinnen, daß die Gleichheit vor dem Gesetz die Grundlage aller bürgerlichen Ordnung ist, daß die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes dieser Gleichheit widerspricht. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen (natl.): Die Stellung, welche Fürst Bismarck als großer und schöpferischer Staatsmann in der Weltgeschichte und der deutschen Geschichte einnimmt, ist vollständig unabhängig von der Beurtheilung des Abg. Lieber. (Beifall.) Es handelt sich nicht um einen Antrag; ich möchte es mir daher versagen, auf die Sache selbst einzugehen. Die Stellung unserer Partei ist bekannt genug. Ich möchte nur aussprechen im Anschluß an die Aeußerungen der Abg. Lieber und Graf Limburg, daß es sich bisher gehandelt hätte um die Aufrechterhaltung der Beseitigung des ganzen Gesetzes. Namens meiner Freunde glaube ich sagen zu können, daß Vorschriften gegenüber, welche seit mehr als zwanzig Jahren gar nicht praktisch geworden sind und welche ihrem Inhalte nach etwas Verlegendes haben, wir einer Anregung auf Prüfung dieser Bestimmungen nachgeben werden. Es wird sehr wohl möglich sein, in bezug darauf eine Verständigung zwischen dem Reichstage und den verbündeten Regierungen zu erzielen. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. v. Hohenberg: Wir Deutsch-Sannoveraner als evangelische Christen und Anhänger der Reichspartei unterstützen die Interpellation aufrichtig; was meine Person betrifft, so kann ich jedes Wort des Herrn Lieber unterschreiben. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Lieber (Z.): Ueber die Geschichte hat die Zukunft zu entscheiden. Heute sind es die Geschichtsmacher und Geschichtsfälscher, von denen die öffentliche Meinung abhängt. Das Urtheil der Zukunft wird wahrscheinlich mehr in meinem Sinne als in dem des Herrn v. Bennigsen ausfallen. (Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Sittum: Herr Lieber hat mit Unfähigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vorgeworfen. (Sehr richtig! links.) Daran will ich nicht antworten. (Heiterkeit.) Zuruf Lieber's: Sie können nicht! Wir können doch nicht unsere Beschäftigung nachweisen. (Große Heiterkeit links.) Herr Lieber hat bezüglich des Fürsten Bismarck behauptet, daß das Urtheil der Geschichte in seinem Sinne ausfallen werde. Es liegt in dem Wesen der Menschheit, daß die Grundsätze des Fürsten Bismarck in der lebendigen Geschichte der Zukunft immer noch wirksam sein werden. Die Sozialdemokraten sind eine temporäre (zeitweise) und ephemere (vorübergehende, bald verschwindende) Erscheinung — die Grundsätze des preussischen Staates und des Reiches werden bleiben. Wenn es auch die gegenwärtigen Leute nicht sein werden, aber Leute aus der konservativen Partei werden eine große Rolle spielen in dem Kampfe, in welchem über Sie (zu den Sozialdemokraten) zur Tagesordnung übergegangen werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Die deutsch-sozialistische Reformpartei läßt ihren Mitgliedern freie Hand in dieser Frage. Ich selbst hätte nichts gegen die Aufhebung der Jesuitengesetze; ich würde davon nicht in Widerspruch mit meinen Wählern kommen. Wenn Herr Lieber den Fürsten Bismarck einen jammervollen Stümper genannt hat, so befindet sich dieser in der Rolle des Königs gegenüber einem bekannten Hausthiere. Fürst Bismarck wird das ertragen, daß aber solche

Ausführungen hier gemacht werden könnten, das fällt nicht auf den Fürsten Bismarck, sondern darauf, daß im Reichstag ein so jammervolles, kümperhaftes und kaltes soles Präsidium vorhanden ist. (Große Unruhe links und im Centrum.)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld: Der Herr Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat die Würde dieses Hauses in einer Weise verletzt, wie dies wohl noch niemals vorgekommen ist; ich rufe ihn daher zur Ordnung! (Lebhaft Zustimmung links und im Centrum.)

Abg. Lieber (Z.): Fürst Bismarck hat mich und die Sozialdemokraten im Reichstage, ohne vom Präsidium gehindert zu sein, aufs ärgste geschmäht. Ich wurde daran verhindert, ihm zu antworten, und als ich ihm draußen antwortete, da wurde ich angeklagt vom Fürsten Bismarck. Wenn wir eine ephemere Erscheinung wären, dann brauchte man nicht den ganzen Apparat der Gesetzgebung gegen uns in Thätigkeit zu setzen; gegen eine solche Erscheinung macht man keine Ausnahme-gesetze, kein Unstutzgesetz, dagegen führt man nicht Tag für Tag einen Krieg in der Presse. Der preussische Staat ist nicht von Ewigkeit an gewesen, er wird einmal aufhören. Es giebt nichts Beständiges in der Welt als den Wechsel, dem auch der preussische Staat unterworfen ist. Beginnen Sie den Kampf gegen uns, wir werden unseren Mann stellen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich habe nicht die Sozialdemokratie mit einem Hausthier verglichen; ich habe nur die persönlichen Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Lieber in diesem Bilde dargestellt. Fürst Bismarck hat in seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie vielleicht nicht überall das richtige getroffen, er hat aber ihre Gefährlichkeit richtig erkannt. Herr Lieber hätte richtiger gehandelt, wenn er seine Kritik nicht in so scharfe Formen gekleidet hätte. Deshalb war meine Abwehr so scharf in ihren Worten. Daß wir der Sozialdemokratie die unbecommene Partei sind, das haben wir aus der Beschimpfung ihrer Presse erfahren.

Vizepräsident Schmidt: Das letzte war nicht mehr zur Interpellation.

Abg. Lieber: Eine Unterwerfung in bezug auf den guten Ton zu geben, dazu erkenne ich dem Vorredner am allerwenigsten eine Berechtigung zu.

Abg. Lieber: Es lag nicht in der Absicht meiner politischen Freunde, eine Würdigung der Thätigkeit des Fürsten Bismarck herbeizuführen. Wenn seitens eines Herrn der anderen Parteien die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes beantragt wird, oder wenn seitens der verbündeten Regierungen eine solche Vorlage gemacht wird, so werden wir dabei mitwirken, aber ohne damit auf die Beseitigung des § 1 Verzicht zu leisten. Damit schließt die Besprechung.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Antrages betreffend das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Einem Antrage des Abg. v. Mantensfel (L.) diesen Gegenstand abzugeben bis zur Erledigung des Nachtragsbetriebs, widerspricht Abg. Singer (Soz.), während Abg. Lieber (Z.) ihn unterstützt, da die Nachtragsbetriebs keine lange Diskussion hervorgerufen werden.

Abg. v. Lebechows meint, daß bei diesem Antrag wegen des Vereinsrechts die Verhandlungen leicht einen jähen Abschluß finden könnten.

Abg. Singer: Wenn das Haus durch Mehrheitsbeschluß eine Aenderung der Tagesordnung herbeizuführen sollte, so würden wir bei den Nachtragsbetriebs von allen Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch machen.

Gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Centrumsmittglieder wird die Aenderung der Tagesordnung abgelehnt.

Abg. Graf Mirbach bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf Vizepräsident Schmidt ihm bemerkt, daß dies nur möglich sei, wenn eine Abstimmung bevorsteht.

Es folgt die dritte Beratung des Antrages wegen des Vereins- und Versammlungsgesetzes.

Zu den Beschlüssen zweiter Lesung liegt ein Antrag Wassermann und Genossen, unterstützt von allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen, vor, als einzigen Artikel an Stelle der 18 Paragraphen des Beschlusses zweiter Lesung anzunehmen:

„Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.“

Abg. Meißner (Soz.) verweist darauf, daß in Hannover die Gewerkschaften verhindert worden sind, mit einander in Verbindung zu treten, weil man sie als politische Vereine betrachtet. Dadurch werde das Koalitionsrecht der Arbeiter ganz illusorisch gemacht. Das Reichsgericht habe durch ein Erkenntnis allerdings Remedur geschaffen; aber diese Erkenntnisse scheinen für die Behörden der Provinz Hannover nicht vorhanden zu sein; es scheint von den Unterbehörden nach einer generellen Verfügung der Oberbehörden verfahren zu werden. Redner verliest längere Stellen aus mehreren reichsgerichtlichen Urtheilen, aus denen hervorgeht, daß die Arbeitervereine lediglich dem Privatrecht angehören und daher nicht unter § 8 des Vereinsgesetzes fallen können. Trotzdem verbieten die Polizeibehörden, die Regierungspräsidenten und auch der Oberpräsident von Hannover oder dessen Stellvertreter die Gewerkschaftsvereine; sie schließen die Frauen aus diesen Vereinen, obgleich diese sich doch mit den männlichen Arbeitern ihrer Branche vereinigen müssen, wenn sie bessere Lohnbedingungen erreichen wollen. Früher betrachtete man die Gewerkschaften sogar als Versicherungs-gesellschaften und unterstellte sie der Aufsicht der Polizei. Jetzt werden sie als politische Vereine betrachtet und ihre Versammlungen, sowie die Gesangsvereine von der Polizei überwacht. Ich möchte den Abg. v. Bennigsen bitten, bei dem Oberpräsidenten v. Bennigsen dahin zu wirken, daß die Polizeibeamten von dieser langweiligen Ueberwachung entbunden werden. aumal ja den Polizeibeamten jetzt auch der Nachwachdienst übertragen ist und durch die Anstrengung der Polizei bei der Ueberwachung der Vereine die Sicherheit des Publikums gefährdet werden könnte. Die Gesangsvereine der Arbeiter als politische Vereine betrachtet, die Gesangsvereine der Arbeitervereine aber bleiben unbefehligt, trotzdem sie auch politische Lieber singen. Solche Verfügungen gegen die Arbeitervereine müssen dazu dienen, die Autorität des Staates zu untergraben. Redner führt weiter aus, daß die Polizei die Feste der als politisch erklärten Vereine unterlagt, weil sie als politische Versammlungen betrachtet werden, an denen sich Frauen nicht betheiligen sollen. Durch dieses Verbot von Vereinsluftbarkeiten werden die Gastwirthe geschädigt. Sie veranstalten mehr öffentliche Tanzlustbarkeiten, bei denen fast immer Schlägerereien entstehen, welche die Passage in den Straßen nicht erfreulich machen. Wenn man die Festlichkeiten für die Arbeiter von der Bedürfnisfrage abhängig machen will, dann sollte man diese Bedürfnisfrage auch ausdehnen auf die sogenannten besseren Gesellschaftskreise. Redner empfiehlt im Interesse einer einseitigen Rechtsauffassung und Rechtsanschauung, wie die Sachen nun einmal liegen, den Antrag Wassermann anzunehmen.

Abg. v. Hohenberg: Wir Deutsch-Sannoveraner als evangelische Christen und Anhänger der Reichspartei unterstützen die Interpellation aufrichtig; was meine Person betrifft, so kann ich jedes Wort des Herrn Lieber unterschreiben. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Lieber (Z.): Ueber die Geschichte hat die Zukunft zu entscheiden. Heute sind es die Geschichtsmacher und Geschichtsfälscher, von denen die öffentliche Meinung abhängt. Das Urtheil der Zukunft wird wahrscheinlich mehr in meinem Sinne als in dem des Herrn v. Bennigsen ausfallen. (Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Sittum: Herr Lieber hat mit Unfähigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vorgeworfen. (Sehr richtig! links.) Daran will ich nicht antworten. (Heiterkeit.) Zuruf Lieber's: Sie können nicht! Wir können doch nicht unsere Beschäftigung nachweisen. (Große Heiterkeit links.) Herr Lieber hat bezüglich des Fürsten Bismarck behauptet, daß das Urtheil der Geschichte in seinem Sinne ausfallen werde. Es liegt in dem Wesen der Menschheit, daß die Grundsätze des Fürsten Bismarck in der lebendigen Geschichte der Zukunft immer noch wirksam sein werden. Die Sozialdemokraten sind eine temporäre (zeitweise) und ephemere (vorübergehende, bald verschwindende) Erscheinung — die Grundsätze des preussischen Staates und des Reiches werden bleiben. Wenn es auch die gegenwärtigen Leute nicht sein werden, aber Leute aus der konservativen Partei werden eine große Rolle spielen in dem Kampfe, in welchem über Sie (zu den Sozialdemokraten) zur Tagesordnung übergegangen werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Die deutsch-sozialistische Reformpartei läßt ihren Mitgliedern freie Hand in dieser Frage. Ich selbst hätte nichts gegen die Aufhebung der Jesuitengesetze; ich würde davon nicht in Widerspruch mit meinen Wählern kommen. Wenn Herr Lieber den Fürsten Bismarck einen jammervollen Stümper genannt hat, so befindet sich dieser in der Rolle des Königs gegenüber einem bekannten Hausthiere. Fürst Bismarck wird das ertragen, daß aber solche

Ausführungen hier gemacht werden könnten, das fällt nicht auf den Fürsten Bismarck, sondern darauf, daß im Reichstag ein so jammervolles, kümperhaftes und kaltes soles Präsidium vorhanden ist. (Große Unruhe links und im Centrum.)

Vizepräsident Schmidt-Eberfeld: Der Herr Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat die Würde dieses Hauses in einer Weise verletzt, wie dies wohl noch niemals vorgekommen ist; ich rufe ihn daher zur Ordnung! (Lebhaft Zustimmung links und im Centrum.)

Abg. Lieber (Z.): Fürst Bismarck hat mich und die Sozialdemokraten im Reichstage, ohne vom Präsidium gehindert zu sein, aufs ärgste geschmäht. Ich wurde daran verhindert, ihm zu antworten, und als ich ihm draußen antwortete, da wurde ich angeklagt vom Fürsten Bismarck. Wenn wir eine ephemere Erscheinung wären, dann brauchte man nicht den ganzen Apparat der Gesetzgebung gegen uns in Thätigkeit zu setzen; gegen eine solche Erscheinung macht man keine Ausnahme-gesetze, kein Unstutzgesetz, dagegen führt man nicht Tag für Tag einen Krieg in der Presse. Der preussische Staat ist nicht von Ewigkeit an gewesen, er wird einmal aufhören. Es giebt nichts Beständiges in der Welt als den Wechsel, dem auch der preussische Staat unterworfen ist. Beginnen Sie den Kampf gegen uns, wir werden unseren Mann stellen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich habe nicht die Sozialdemokratie mit einem Hausthier verglichen; ich habe nur die persönlichen Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Lieber in diesem Bilde dargestellt. Fürst Bismarck hat in seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie vielleicht nicht überall das richtige getroffen, er hat aber ihre Gefährlichkeit richtig erkannt. Herr Lieber hätte richtiger gehandelt, wenn er seine Kritik nicht in so scharfe Formen gekleidet hätte. Deshalb war meine Abwehr so scharf in ihren Worten. Daß wir der Sozialdemokratie die unbecommene Partei sind, das haben wir aus der Beschimpfung ihrer Presse erfahren.

Abg. v. Bennigsen (nall.): Ich empfehle den Antrag Wassermann, der von mir angeregt ist, weil ich es für wünschenswert halte, daß ein Gesetz erlassen wird, in welchem einer derartigen Anweisung Folge gegeben wird. In Bezug auf das wirtschaftliche Koalitionsrecht hat der Abg. Auer einen Angriff gegen mich gerichtet, auf den ich nachher zurückkommen werde. Ueber die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts hat zunächst die Polizeibehörde die Aufsicht zu führen. Gegen die Entscheidungen der Polizei steht den Betroffenen die Beschwerde beim Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und unter Umständen beim Ober-Verwaltungsgericht zu. Ich kann also den Parteigenossen des Vorredners nur raten, wenn sie sich in einzelnen Fällen, die hier zu untersuchen nicht möglich ist, beschwert erachten, diesen Weg einzuschlagen, sie können versichert sein, daß eine sorgfältige Prüfung stattfinden wird. Der Vorredner hat selbst angeführt, daß ein großer Teil der Fälle sich in den unteren Verwaltungsregionen abspielt und den Oberpräsidenten von Hannover gar nicht beschäftigt hat. Allgemeine Verfügungen sind von mir in dieser Beziehung nicht vorhanden, sondern der Oberpräsident entscheidet in den einzelnen Fällen, die an ihn herantreten. Daß nun die Anwendung des Koalitionsrechts speziell in Hildesheim betrifft, so habe ich bereits damals, als der Abg. Auer den Fall hier zur Sprache brachte, erklärt, daß ich später nach Einsicht in die Akten darauf zurückkommen würde. Ich habe die Akten inzwischen eingesehen. Der Polizeidirektor in Hildesheim hat in einem sozialdemokratischen Blatt eine Verfügung, nicht von mir persönlich, sondern vom Oberpräsidenten in Hannover, abgedruckt gefunden, durch welche der Verband der Holzarbeiter, speziell die Zahlstelle in Hannover, wie es schon durch den Regierungspräsidenten gesehen, für einen politischen Verein erklärt worden ist und darauf hin eine allgemeine Verfügung gegen 16 solcher Vereine erlassen, die er alle generell für politische erklärt hat. Es handelt sich aber nur darum, ob ein ganz bestimmter Holzarbeiter-Verband Zahlstelle in Hannover, einen politischen Charakter hatte oder nicht. Mein Vertreter im Oberpräsidium, der Oberpräsidialrath, hat eine Entscheidung dahin getroffen, daß die Verfügung des Regierungspräsidenten gegen den Verein aufrecht zu erhalten sei. Die Gründe, welche neben denjenigen des Regierungspräsidenten angeführt sind, haben von mir aus den Akten in Hannover nicht nachgelesen werden können, weil Klage gegen mich erhoben ist und die Akten beim Oberverwaltungsgericht liegen. Zweck des Verbandes war es, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen seinen Mitgliedern zu verschaffen. Das ist aber nicht der einzige Grund gewesen, weder für den Regierungspräsidenten noch für das Oberpräsidium, diesen Verein in Hannover für einen politischen zu erklären. Die Sache hat, wenn sie zu einem Angriff gegen mich benutzt werden sollte, keine Unterlage. Ich bin gar nicht in Hannover gewesen, als diese Verfügung und ihre Motivierung ergangen ist.

Abg. Richter (rs. Bg.): Das vom Abg. Richter entworfene Bild von der Handhabung des Vereinsrechts hätte doch von einem Herrn betrachtet werden müssen, dessen Abwesenheit ich heute beklage, nämlich von dem preussischen Minister des Innern. Man muß fast glauben, daß es in Preußen fast gar kein Rechtsmittel mehr giebt, so verbietet man die Vereine ohne jeden Grund. Ich habe auf die drei Zuckerfabrikanten-Vereine hingewiesen, welche sich zu einer Petition an den Reichstag vereinigt haben. Das Organ der Zuckerindustrie bezeichnet das als abern, weil keine Politik getrieben würde. Die Herren kennen eben das Urtheil des Reichsgerichts nicht, welches alle Dinge, welche die Gesetzgebung beschäftigen, als politische bezeichnen. Die Zustände sind in der That unhaltbar. Das müssen auch die Herren von den verbündeten Regierungen anerkennen. Der Antrag, welcher vorliegt, ist ein Beweis der enormen Mäßigung, namentlich seitens der Linken; namentlich ist es anzuerkennen, daß die Herren Sozialdemokraten, sich dazu verstanden haben, alles andere fallen zu lassen. Redner bittet den Staatssekretär von Witticher, dahin zu wirken, daß dieser harmlose Antrag Annahme findet. Sollten wir vom Bundesrath die Antwort bekommen, daß wegen des Widerspruchs der preussischen Regierung der Antrag nicht angenommen wird, so würde ich das lebhaft bedauern. Art. 4 der Reichsverfassung giebt dem Reichstag ein Anrecht auf reichsgesetzliche Regelung des Vereinswesens und es würde der preussischen Regierung nicht anstehen, der reichsgesetzlichen Regelung zu widersprechen, um im preussischen Landtage ein reaktionäres Vereinsgesetz zu stande zu bringen. Dann würden die partikularen Strömungen, welche in Süddeutschland vorhanden sind, noch mehr Nahrung erhalten.

Staatssekretär v. Witticher: Ich habe dem Bedauern meines preussischen Kollegen vom Ministerium des Innern Ausdruck zu geben, daß er dienlich behindert ist, hier zu erscheinen. Bei der zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs habe ich meine Bereitwilligkeit erklärt, unmittelbar nachdem aus dieser zweiten Beratung ein Beschluß des Reichstages hervorgegangen sein würde, einen Meinungsaustausch der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Ich habe die Frage aus der Tagesordnung des Bundesrathes gestrichelt und ich habe als Ergebnis dem Reichstage mitgetheilt, was der Vorredner und mehrere andere mit ihm vorausgesetzt zu haben scheinen, daß der Bundesrath den Beschlüssen der zweiten Lesung die Genehmigung zu ertheilen nicht bereit ist. Ich nehme an, daß diese Antwort nicht überraschend ist. (Zuruf links: Ne! Heiterkeit.) Daraus ist ja wohl auch der Antrag zu erklären. Man hat sich gesagt, daß etwas geschäffelt werden müsse, was die größere Zustimmung der Parteien erhält. Ich bedauere, daß der Antrag damals nicht vorgelegen hat; wenn er mir vorgelegen hätte, würde ich kaum haben erwarten können, daß die Bevollmächtigten über die Stellungnahme ihrer Regierungen instruit gewesen wären. Ich kann daher auch heute noch nicht sagen, was das Schicksal dieses Antrages sein würde. Wenn es zur Verhütung der Herren gerichtet, kann ich aber wenigstens sagen, daß das Bedürfnis einer Reform des Vereinsgesetzes einander von der Mehrzahl der Regierungen anerkannt wird. Es handelt sich hier in der That um ein Partikularrecht, und der nächste Gedanke, der auskommen kann, ist doch naturgemäß der, daß man die Korrektur auf dem Wege des Partikularrechts sucht. (Widerspruch Richter's.) Ich gebe Herrn Richter zu, daß man auch auf den Reichsweg gerathen kann; aber man wird es den einzelnen Regierungen nicht verdenken, wenn sie in erster Linie die Sache partikular regeln wollen.

Abg. Wachen (B.): Die Erklärung des Staatssekretärs läßt ja eine Hoffnung, aber es liegt die Gefahr vor, daß in jedem der 22 Vaterländer die Reform versucht wird und ob sie überall gelingen wird, ist doch sehr zweifelhaft. Da möchte ich doch lieber den Bundesrath bitten, ein einheitliches Vereinsrecht zu schaffen.

Staatssekretär v. Witticher: Ich habe durchaus nicht gesagt, daß der Bundesrath sich weigert, eine solche Korrektur des Vereinsrechts vorzunehmen. Für ihn ist noch vollständig freie Hand.

Abg. v. Stumm (Rp.): erklärt sich gegen den Antrag Wassermann, nicht als ober verkenne, daß das Verbot des Inverbindungtretens für die Vereine mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr vereinbar sei, aber er halte es für bedenklich, einen einzelnen Punkt hervorzubeben. Eine Reform des Vereinsrechtes ist notwendig, aber sie muß auch die Garantie bringen, daß die umstürzenden Bestrebungen besser bekämpft werden können, als dies jetzt der Fall ist, etwa nach Analogie der bayerischen Gesetzgebung. Ob die Reform im Reich oder in den Einzelstaaten erfolgt, ist dabei gleichgültig. Zu fürchten ist nur, daß die Reform im Reich nicht erreicht werden wird. Ich würde es als eine Schwäche des Bundesraths ansehen, wenn er einfach diesem Antrage zustimmen würde, ohne eine Garantie durch eine umfassende Reform.

Damit schließt die Generaldiskussion. Eine Spezialdiskussion findet nicht statt; der Gesetzentwurf wird nach dem Antrage Wassermann gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Gesetze über die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, in Südwestafrika und in Kamerun.

Der Berichterstatter Prinz Arenberg berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Beim Artikel II bedauert Abg. Graf Arnim (Rp.), daß die Offiziere der Schutztruppe aus der Armee ausscheiden sollen, wenn auch ihr Vorrückrecht gewahrt bleiben soll. Die Schutztruppen werden jetzt lediglich einem Zivilbeamten unterstellt, wenn sie auch nicht direkt ein Parlamentsheer werde. Anders wäre die Sache, wenn ein selbständiges Kolonialamt vorhanden wäre, unter dessen Oberleitung man eine solche Organisation eher stellen könne.

Direktor Kaiser befreit, daß der Charakter der Schutztruppe sich irgendwie verändert habe; sie sei eine kaiserliche Schutztruppe geblieben wie vorher.

Art. II wird genehmigt.

Art. III betrifft die Wehrpflicht.

Abg. Dasse (nall.) erklärt seine Befriedigung darüber, daß die Deutschen in den Kolonien direkt dienen können; dieser Theil der Vorlage sei der beste.

Abg. Graf Arnim (Rp.) tritt für die Wehrsteuer ein, welche Ausländer entrichten sollen, da sie selbst nicht dienen, aber des Schutzes der Schutztruppe theilhaftig werden. Er befürchtet nicht, daß andere Länder deswegen Repressalien üben werden.

Art. III und der Rest der Vorlage wird ohne weitere Debatte angenommen.

Die Kommission hat auf Antrag des Grafen Arnim folgende Resolution vorgeschlagen: Den Reichsanwalt zu ersuchen, eine Uebersicht der in der südwest-afrikanischen Kolonie thätigen Gesellschaften unter Befugung der betreffenden Verträge dem Reichstage vorzulegen.

Abg. Graf Arnim (Rp.) hält eine solche Zusammenstellung für notwendig als Grundlage der Beurtheilung der Thätigkeit der Gesellschaften; es müßte auch mitgetheilt werden, was die Direktoren und Aufsichtsräte der Gesellschaften sind. Eine englische Gesellschaft kommt jetzt mit dem Anerbieten, den Hafen in Swakopmund auszubauen; nachdem schon die Walfischbay und die Lüderitz-Bucht in fremde Hände gekommen sei, wäre das ein Unglück.

Direktor Kaiser befreit, daß der Hafen in die Hand der Gesellschaft geliefert werden solle.

Die Resolution wird nach kurzer weiterer Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Lesung des Entwurfs, betr. die Schutztruppe beendet.

Auf Antrag des Abg. Gröber (B.) tritt das Haus sofort in die dritte Beratung ein und genehmigt die Vorlage ohne weiteres endgiltig.

Beisow werden ohne Debatte die beiden Nachtrags- etats in dritter Lesung genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Werthpapiere auf Grund des Berichts der Kommission, welche nur wenige Änderungen vorgenommen hat.

Die Vorlage wird ohne erhebliche Debatte, unter Ablehnung eines Antrages des Grafen Arnim zu § 3, welcher die Regierungsvorlage wieder herstellen will, in allen einzelnen Theilen genehmigt, ebenso die von der Kommission vorgeschlagene Resolution über Sicherheitsmaßregeln bezüglich der gewerkschaftlichen Verwendung fremder Gelder seitens der Banken und Kaufleute.

Auch bezüglich dieser Vorlage wird, da ein Widerspruch nicht erfolgt, sofort die dritte Lesung vorgenommen und ohne Debatte erledigt. In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage einstimmig endgiltig genehmigt.

Die Wahl des Abg. Colbus (Elsaß-Lothringer) wird für gütlich erklärt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt, das Mandat des Abg. Köhler infolge seiner Annahme als Postagent als erloschen zu erklären.

Nachdem Abg. Wassermann den Antrag der Kommission begründet, beantragt Abg. Liebermann von Sonnenberg die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission, nicht aber diesen Antrag zu Gunsten des Antrages Spahn zurück, welcher die Sache von der Tagesordnung absehen will.

Das Haus beschließt diesem Antrage gemäß.

Es folgt die Gesamtabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung; dieselbe ist eine namentliche. In derselben theilnehmen sich nur 181 Mitglieder; das Haus ist also beschlußunfähig.

Abg. Rintelen (B.) bittet den Präsidenten um Auskunft über die Verhandlungen der Novelle zum Justizgesetze; die Regierung wird darüber vielleicht Erklärungen abgeben wollen.

Vizepräsident Schmidt: Bei Beschlußunfähigkeit des Hauses kann ich keine Verhandlungen zulassen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation betr. den Fall Wafford; Antrag des Grafen Arnim wegen der Bombardirung der Pfandbriefe und zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches.)

Fortsetzung

des großen Massen-Ausverkaufs fertiger Herren- u. Knabenkleider
Leipzig, Hallesche Strasse 3, im Hotel zum goldenen Sieb

(Barriere-Pokal).

Das große Warenlager bietet so viel Auswahl, daß der feinste und verdienstlichste Geschmack seinen Bedarf dort findet, und sind die Preise derartig eingerichtet, daß das große Lager schnellstens ausverkauft werden muß.

Auszug aus dem Preis-Courant.

Abteilung I.		Burschen-Anzüge, gefüttert.	
Herren-Anzüge, Sack, Budst. v. 9 an	v. 12 an	do. hoch, auch kurze Hose	v. 9 an
do. Sack, Bel., Chevot	" 12 "	Knaben-Anz. für das Alter von	" 2-8 Jahren v. 2.50 an
do. Kammgarn	" 17 "	do. prima	" 4. - "
do. Jodetts, Nouv.	" 21 "	do. hochf. Parf. Modelle	" 5-10 "
do. hochfein	" 25 "	Abteilung IV.	
Hochzeits- und Gesellschafts-		Herren-Hosen in Budst. in v. 43. - an	
Kost-Anzüge, ein- u. zwei-		do. Nouveaut. Streifen	" 4. - "
reihig, anschl. pr. Qual.	" 25 "	do. Kammg., feine Qual.	" 5.50 "
		do. beste Qualität	" 7. - "
Abteilung II.		Arbeits-Hosen	" 1.10 "
Winter-Paletots	v. 10 an	Abteilung V.	
do. modif. farben	" 14 "	Einzelne Jacketts	v. 4. - an
do. Chevot	" 18 "	do. in Budst. in	" 6. - "
do. hoch. gearb.	" 18 "	do. Westen	" 5. - "
Wederen-Wäntel, einen geböhren Posten		do. in Budst. in	1.50, 1.75,
für Herren, Jünglinge und Knaben,		do. 2. - , 2.25, 3. -	
jezt nach der Saison zur Hälfte des		Hosen u. Westen v. 4.50 an	
Kostenpreises.		Einj. Hof. u. West. pr. Qual.	" 8. - "
		Hosen, hell u. dunkel Stoff, mod. Chevot,	
		Kammgarn, Kammg.-Chevot, d. aller-	
		neueste i. d. F., schon von 4. - an.	
		Koppen, Dreihlg., warm gef. v. 4.5 - an.	
		S. für ganz starke Herren bis 130 cm Bauchweite einzelne Hosen, Westen	
		und auch komplette Anzüge in großer Auswahl.	
		Einzelne kurze Knaben-Hosen von Mark I. - an.	
		Umtausch gestattet.	

Umtausch gestattet.

Bei dieser Hitze!

ist es angebracht, darauf hinzuweisen, dass untenstehende Firma sehr gute Mittel gegen:

Wundsein, Wolf, Schweißhände u. Füße, Sommersprossen, Mitesser, Hühneraugen und was dergl. Sommerplagen mehr sind, empfiehlt. Z. B.:

Salicylvaseline, Vaseline, Coldcream, Streupulver, Lanolin, Schweißsalb, Lillienmilch, mediz. Seifen, Bismutpulver, Einstreupulver, Talcum etc. etc.

Marien-Drogerie G. O. Heinrich, Plagwitz
Karl Heine-Strasse 75. [6409]

Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.
Konradstrasse 25.
Schwimmbassin 20°

Fahrräder billig bei E. Keiselt [1435] Boniatowstr. 10, im Cent.

Rur noch Nikolaitr. 4. Sämtliche **Gummi-** Waren zur Gesundheitspflege auch Resistenten in bester Qualität empfiehlt **Frau Auguste Graf** nur noch Nikolaitr. 4.

E. Holzmann 4 Königsplatz 4. Billigste Reparatur-Werkstatt.

Regulator, 1 Mtr. lang, Nussb. 12 Mk.
Silberne Remontoir-Uhren . 10 "
Nickel-Remontoir-Uhren . . 8 "
Goldene Damen-Uhren . . . 18 "
Leser dieser Zeitung 10 Proz. Rabatt.



Regulatoren, Imfg., Stußb. v. 9 an
Silberne Remontoir-Uhren " 8 "
Nickel-Remontoir-Uhren " 3 "
Goldene Remontoir-Uhren " 15 "

10 Prozent Rabatt allen Lesern der Leipz. Volkszeitung.

M. Kamski

Münchener Straße 6
Reben der Girsch-Apothek.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [2198] **E. Kriebler, E. Plagwitz** Weihenfelder Str. 61, Ed. Wilsenstr. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Gut und solid gearbeitete **Möbel, Spiegel und Polsterwaren** auch Teilzahlung **Lagerzettel, Auspostern von Sofas und Rattagen** in und außer dem Hause bei langjähriger Garantie. **Plagwitz, Karl Uhlig** Luisenstraße 25. [642]

Von der Kolonialherrlichkeit.

Zur Schonung des Wildstandes in Deutsch-Ostafrika hat Gouverneur v. Wissmann eine jetzt veröffentlichte neue Verordnung erlassen. Sie sieht Jagdscheine ein, für die Europäer 20 Rupien, nicht eingeborene Teilnehmer 5 Rupien zu zahlen haben. Die berufsmäßige Jagd auf Elefanten oder Nashörner soll für Eingeborene nur zulässig sein bei Lösung eines Jagdscheins für 200 Rupien. Affen, Wildschweine und sämtliche Vögel, mit Ausnahme der Strauße und Kranichgeler, und Kröchtler dürfen ohne jeden Jagdschein jederzeit abgeschossen werden. Auch Schussgelber werden von Nichteingeborenen erhoben für die zur Strecke gebrachten Elefanten und Nashörner. Zugleich werden einzelne Landschaften als Jagdreservate bezeichnet als Lust- und Erholungsort des Wildes, in welchem nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung gejagt werden darf. Diese Einrichtung erfolgt, um einzelne selten gewordene Wildarten möglichst lange in Ostafrika noch zu erhalten. In dem Erlaß bezeichnet es der Gouverneur als Zweck der Verordnung, zu vermeiden das Aussterben vieler Wildarten. Man habe die Pflicht, an die späteren Generationen zu denken und diesen die Möglichkeit zu erhalten, Anregung und Erholung bei Ausübung der afrikanischen Jagd auch in zukünftigen Zeiten zu finden.

Das ist alles sehr schön angedacht. Es fragt sich nur, ob die nötige Anzahl von Gendarmen in den Jagdgebieten von Deutsch-Ostafrika zur Kontrolle der Jagdscheine und der Beobachtung dieser Verordnung vorhanden ist.

Eine Art Landsturm aus Eingeborenen beabsichtigt Gouverneur v. Wissmann laut Dunderloch in Ostafrika zu organisieren zur Unterstützung der Stationen der Bezirksämter. Geeignete Eingeborene sollen gegen kleine Geschenke zu freiwilligen Leistungen eingesetzt und jedesmal mit einer Art von Festlichkeit (Fleisch, Bombe) entlassen werden, so daß sie freiwillig und gern wiederkommen. Uniformen und Waffen verbleiben bei der Station. Die Truppe soll zur Verstärkung der Regierungstruppen gegen unbotmäßige, die Freiheit und das Eigentum der Eingeborenen gefährdende Hauptlinge verwendet werden. Auch freie ärztliche Versorgung auf den Stationen soll den Irregulären für sich und ihre Familien versprochen werden, dazu Schießprämien und Auszeichnungen auf der Uniform. Zu Festlichkeiten, wie zu Kaisers Geburtstag, sind die Leute ebenfalls heranzuziehen. Ebenso soll eine feste Truppendivision bei jeder Station organisiert werden in verschiedenen Klassen.

Wenn nur nicht, schreibt die Freisinnige Zeitung, eines schönen Tages diese von deutscher Seite eingezerrten Irregulären über die Stationen selbst herfallen und der ganzen ostafrikanischen Herrlichkeit ein Ende bereiten.

Ueber das Ansiedelungs-Syndikat für Südwestafrika und dessen Verhalten in Bezug auf Ansiedelungen bei Windhoek hatte bekanntlich der Schriftsteller Franz Gieseler in der Neuen Deutschen Rundschau Artikel veröffentlicht, über die wir seiner Zeit berichtet haben, ebenso wie über die dazu ergangenen Berichtigungen des Syndikats. Vom Syndikat ist eine Anklage wegen Verleumdung gegen den Verfasser und den Redakteur der Monatschrift angehängt worden, die am Mittwoch vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung kam. Der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis wurde vom Gericht abgelehnt, da es sich um eine einfache Verleumdungsklage handelte. Während der Staatsanwalt Geldbußen von 300 und 100 Mk. beantragte, erkannte das Gericht auf Freisprechung. Der Angeklagte habe den Artikel in der allerbesten Absicht verfaßt. Es sei ihm demnach zu glauben, daß er das Syndikat nicht habe beleidigen wollen. Ob die behaupteten Thatsachen wahr seien oder nicht, sei von dem Gericht nicht erörtert worden, es vermahnte sich aber ausdrücklich gegen die etwaige Unterstellung, als sei durch die Unterlassung des Eintritts des Wahrheitsbeweises angenommen worden, daß die behaupteten Thatsachen auf Wahrheit beruhten. Die Neue Deutsche Rundschau müsse als ein wissenschaftliches Werk angesehen und deshalb angenommen werden, daß deren Leser auch die Anmerkungen zu den Artikeln lesen. Durch eine solche sei aber das beleidigende in dem Ausdruck „Seinrenten“ aufgehoben worden.

Der Taxameter in Leipzig.

Aus den Kreisen der Droschkenfahrer sind wie mehrfach angegangen worden, den nachstehenden, in der Allgemeinen Fahrzeitung erschienenen Artikel zum Abdruck zu bringen.

Die Einführung der Taxameter-Droschken in Leipzig hat in beteiligten Kreisen sowohl, wie auch unter dem Droschken benutzenden Publikum große Mißstimmung erregt, und zwar deshalb, weil diese Wagen auch als 1. Klasse bezeichnet werden. Wenn nun diese Bezeichnung für richtig erachtet wird, so sind doch unsere bisherigen Droschken (Landauer) erst 3. Klasse, denn die Halbkarren ohne Taxameter, die durchweg gute Wagen sind und unter den sich auch viele neue Wagen im Werte von ca. 1000 Mk. befinden, und in Berlin, Hannover, Wiesbaden und anderen Städten im Sommer als 1. Klasse gelten, können doch unmöglich, da Klassen eingeführt worden sind, mit den Landauern gleichgestellt werden und müssen wenigstens als 2. Klasse gelten.

Weshalb nun gerade die Taxameter-Droschken als 1. Klasse bezeichnet werden, ist ganz unerklärlich. Ist es vielleicht wegen des gelben Untergerüstes oder gar wegen des Fahrpreisanzeigers? Die im Betrieb befindlichen Taxameterwagen sind vielfach alte, neu vorgerichtete Wagen und mitunter so schlecht, daß sie nicht einmal als Droschken 2. Klasse zum Betriebe zugelassen wurden. So wurde im März d. J. einer derartigen Halbkarre das Abstemmen zur 2. Klasse verweigert, jedoch wurde dem Besitzer der Stempel mit der Bedingung zugesichert, wenn er den Wagen mit Taxameter versehen lasse. Was hier also zu schlecht zur 2. Klasse gewesen, war zur 1. Klasse gerade recht. Dieser Wagen hatte einen Wert von ca. 500 Mk., auch befinden sich noch weit minderwertigere darunter.

Das Taxameterregulativ enthält aber auch die Bestimmung, daß im Winter außer Coups auch die jetzt im Betriebe befindlichen besseren Landauer als 1. Klasse gefahren werden dürfen; sie müssen selbstredend dann ein gelbes Untergerüst haben und mit Taxameter versehen werden. Also diese Wagen, welche früher als 3. Klasse geltend haben und durch jahrelanges Abnutzen nur noch einen ungefähren Wert von 6-800 Mk. haben, sollen im Winter als 1. Klasse eingeführt werden, und die nun in Betrieb gestellten Landauer ohne Taxameter im Werte von 1450 Mk. und mehr gelten dann erst 3. Klasse.

Wie nun der Augenschein ergibt, haben mitunter die Wagen 2. und 3. Klasse besseres Pferdmaterial, als die Wagen der 1. Klasse. Auch mit dem Fahrpreis befinden sich die Klassen gegenseitig im Widerspruch, denn der Fahrpreis der 2. und 3. Klasse ist oft höher, als der der 1. Klasse. Ob nun nach diesen Schilderungen die Taxameterwagen der Bezeichnung 1. Klasse würdig sind, dies zu beurteilen überlasse ich den geehrten Lesern. Da es nun aber auf das fahrende Publikum, welches aus Gesundheitsrücksichten einen geschlossenen Landauer benutzt, beschämend wirken muß und den Droschkenbesitzer schädigt, so ist es Sache des großen Publikums und des Droschkenbesitzervereins zu Leipzig, bei der zuständigen Behörde dahin zu wirken, daß diese Bezeichnung abgeändert wird, und dafür Taxameter-Droschken gesetzt wird.

Unsere wohlwollende Behörde hat es sich zur Aufgabe gestellt, das Taxameter-Unternehmen auf alle mögliche Art und Weise zu fördern, um es lebensfähig zu erhalten; denn es sind den Taxameter-Droschken die vorteilhaftesten Plätze angewiesen, und auf den Bahnhöfen müssen selbige bei jedem Zuge vor der 3. Klasse vorgefahren, welche letztere schon 2-3 auch 4 Stunden auf eine Fahrt gewartet haben. Ebenso aber sind die Polizeibehörden angewiesen, das fahrende Publikum auf die 1. Klasse aufmerksam zu machen; hierdurch schon wird den übrigen Droschken die Hoffnung auf eine Fahrt bereitet, auch wird das Publikum noch vielfach dazu gezwungen, eine Taxameter-Droschke zu benutzen. So warteten vor dem 10 Uhr-Zuge am 7. April schon längere Zeit mehrere Droschken 3. Klasse auf dem Eisenbahner Bahnhof. Bei der Einfahrt des Zuges kommt noch eine Taxameter-Droschke angefahren; zwei Damen, die eine Droschke benutzen wollten, erhielten von dem diensthabenden Schutzmännchen die Taxameter-Marke. Die Damen weigerten sich jedoch, die Taxameter-Droschke zu benutzen, und wurde der Schutzmännchen von einem Droschkenführer erlucht, die Marke umzutauschen, der aber mit dem Hinweis darauf, entweder diesen Wagen zu benutzen oder denselben zu bezahlen, ablehnte. Auch wurden die Droschkenführer, die sich über diese

Neuerung unterhielten, mit Anzeige bedroht. Nach diesem Fallo zu urteilen, scheinen die Polizeibehörden zum Nutzen des Taxameter-Unternehmens zu wirken. Ferner aber dürfen Halbkarren ohne Taxameter (2. Klasse) vom Bahnhof überhaupt keine Fahrt annehmen und ist somit das fahrende Publikum wiederum gezwungen, wenn es einen Halbkarren benutzen will, eine Taxameter-Droschke zu nehmen. Auf diese Weise wird die fernere Existenz der übrigen kleinen Droschkenbesitzer in Frage gestellt.

Die geehrten Leser mögen selbst urteilen, ob hier der Grundsat „Gleiches Recht für Alle“ am Platze ist.
Ein Interessent.*

Aus der Partei.

Sonneberg, 17. Juni. Wie dem Berliner Tageblatt gemeldet wird, sind bei den Gemeinderatswahlen unsere Parteigenossen unterlegen. Näheres bleibt abzuwarten.

Erfurt, 17. Juni. Der Redakteur der Thüringer Tribüne, Genosse Viertelarz, stand am Dienstag vor dem Gericht, um sich wegen eines ironischen Dankserates an die Behörden, wegen des Verbotes des Maffestimmunges, zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, indem er ausführte, zwar sei kein bestimmter Satz oder Wort direkt zu fassen, aber die ganze Danksagung sei ein Spott und Hohn auf die Behörden. Da Genosse V. nachweisen konnte, daß er das Inferrat nicht vor Fertigstellung der Nummer gesehen hatte, sich auch der Verfasser freiwillig nannte, so erkannte das Gericht in diesem Falle auf Freisprechung. Wegen einer anderen Sache wurde der Redakteur aber doch noch zu 2 Monaten verurteilt.

In der von der Staatsanwaltschaft gegen den Geschäftsführer der Thüringer Tribüne, Genossen Stegmann, erhobenen Anklage wegen „Verleumdung“, worüber in der Leipziger Volkszeitung ausführlich berichtet worden ist, ist Termin vor der Strafkammer auf den 23. d. M. angesetzt. Stegmann ließ eine gegen den Redakteur der Thüringer Tribüne fällige Geldstrafe von 100 Mk. an die Gerichtskasse einzahlen; darin sieht — erstaunlich, aber wahr — die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 257 des R.-Str.-G.-B.

Wahrenth, 16. Juni. Wegen Verleumdung des Hofers Stadtmagistrats wurde in heutiger Schwurgerichtssitzung der verantwortliche Redakteur der Oberfränk. Volkszeitung, Genosse Ferd. Geißler aus Hof, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Strasburg i. Elz., 17. Juni. Die Staatsanwaltschaft wacht. Wegen die Landeskonferenz der elsässischen Sozialdemokratie ist ein Verfahren wegen „Geheimblüdel“ eingeleitet worden.

Soziale Rundschau.

Berlin, 17. Juni. Politisch aufgelöst wurde in letzter Nacht eine von etwa 400 Personen besuchte Versammlung von Angestellten der Paketfahrtgesellschaft bei Volk in der alten Jakobstraße 75. Schumann, Vertrauensmann der Packer etc., griff die Direktoren der Gesellschaft wegen der Entlassung von sechzig Angestellten an. Er hält einen Ausstand für ausfallslos und empfiehlt die Berufserklärung der Gesellschaft, während der größte Teil der folgenden Redner sich für einen Ausstand aussprachen. Reichstagsabgeordneter Genosse R. Schmidt versprach sich weder von einem Verurteil noch von einem Ausstand irgend welche Vorteile für die Arbeiter, die Paketfahrtgesellschaft sei gerettet und würde von solchen Schritten keine Notiz nehmen. Allein empfehlenswert sei es, sich an das Berliner Gewerbegericht und die öffentliche Meinung zu wenden.

Cottbus, 17. Juni. Das Gewerkschaftsstatut veröffentlicht die Abrechnung über seine Einnahmen und Ausgaben während des Textilarbeiterstreiks. Eingegangen sind im ganzen 44212.18 Mark, ausgegeben 44003.90 Mark.

Erfurt, 16. Juni. Zu einer furchtbaren Anklage gegen den Kapitalismus gestaltete sich eine Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht. Die ledige Arbeiterin A. Sauer hatte sich wegen versuchten Kindesmords zu verantworten. Die Angeklagte verbiente in der weltbekannten Gärtnerei J. C. Schmidt, deren Inhaber über Hunderttausende verfügt, einen Wochen-

Kleine Chronik.

Leipzig, 18. Juni.

Der Grundriss der preussischen Geschichte. Bei dem Festmahl, das das Offiziercorps des Elisabeth-Regiments wegen seiner Uebersiedelung in sein neues Kasernenamt der Befestigung veranstaltet hat, brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus, worin er u. a. sagte: „Das Offiziercorps ist gewissermaßen der Grundpfeiler der preussischen Geschichte, innerhalb deren sich der Kobay entwickelt hat, nach dem das preussische Offiziercorps zu leben, zu denken und zu sprechen gewohnt ist.“

Oldendorf †. Der Berliner Arzt, Sanitätsrat Dr. Oldendorf, verdient um die Medicinalwissenschaft, der Herausgeber der Zeitschrift für soziale Medizin, ist am Dienstag in Karlsbad, wo er sich zur Kur aufhielt, gestorben. Oldendorf war ein tüchtiger Hygieniker, der sich vor allem um die Erforschung der Gewerbekrankheiten große Verdienste erworben hat. Seine Untersuchungen über die Solinger Schleiferröhren u. d. sind musterhaft.

Impfmesser aus Irdium-Platin. An ungefähr 350 Impfstingen zeigte der Krebsphysikus Dr. Dreifing in Mühlhausen jüngst ein neues praktisches Impfverfahren. Um alle sogenannten Impfschädigungen zu vermeiden, wurde in streng aseptischer Methode verfahren. Die Symbie (bekanntlich mit aller Vorsicht vom Kalbe entnommen) wurde auf ein Schälchen gegossen, das mit absolutem Alkohol vorher desinfiziert war. Die Impfmesser bestanden aus Platin, das mit Iridium zusammengeschmolzen war. Diese Verbindung ermöglicht es, das das Messer in zwei Sekunden rotglühend und hierdurch durchaus keimfrei (aseptisch) gemacht wird. Da dies Ausgüßen nach jeder Impfung (also 350mal) vorgenommen wurde, so ist die Uebertragung von Keimstoffen von einem Impfling auf den anderen durch dies neue von Dr. Lindendorff erfundene Verfahren mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen. Offenlich trägt diese Art zu impfen; die voraussichtlich von den Ärzten allgemein eingeführt werden wird, bedeutet zur Verhütung und Verminderung der Impfgegner bei.

Ne, altes Hofbräuhaus! Das vielbesuchte und vielbesungene Hofbräuhaus am Platz in München wird demnächst umgebaut werden. Dieser Umbau wird ein hübscher Renaissance-

bau werden. Vom alten Hofbräu bleibt das jetzige Sud- und Maschinenhaus an der Ecke der Bräuhausgasse und des Platz in seiner Umfassungsmauern stehen. Hier wird der künftige Auschank eingerichtet. Es werden hier im Erdgeschoß zwei große Schanklokale entstehen, daneben noch ein kleines Bräuhaus. Darüber wird im oberen Stock ein großer, „besser“ ausgestatteter Saal geschaffen werden, welcher nach Bedarf geöffnet werden soll. Der jetzige Schankraum wird im wesentlichen zur Küche umgebaut und gegen die Erde zu kommt ein aus vier Bogen bestehender Säulengang; darüber werden die Wohnräume des Wirtschaftspächters und einige Gesellschaftszimmer eingerichtet. Ueber der Säulenhalle tritt ein schöner Erker hervor und erhebt sich ein stattlicher Giebelbau. Der Hof wird ungefähr dreimal so groß werden, als er jetzt ist, und 533 Quadratmeter Fläche umfassen; er wird auf zwei Seiten von Arkadengängen umgeben und in der Mitte derselben sollen Bäume gepflanzt werden. Der kleine Bau mit dem Turmchen und der Uhr bleibt erhalten. Im ganzen werden die Schankräume mit dem Hof u. s. w. im Charakter einer alten Klosterbrauerei gehalten sein.

Aber wo bleibt die alte Enge, die alten „Arkaden“, der „Garten“, wo die waldburgenliche Ungeniertheit, wo das malerische Stillleben der Radfahrer und Radsportler, Biertrinker, wo die Späthweiber mit geschwungenem Elmer? Die alte „Herrlichkeit“ geht dahin.

Beaconsfields Denkwürdigkeiten. Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres wird in London der erste Band der hinterlassenen Papiere Disraelis, Lord Beaconsfields erscheinen. Dem Herausgeber, Lord Rowton (Montagu Corry), den Disraeli, der so viele Jahre die englische Politik geleitet hat, zu seinem literarischen Testamentsvollstrecker ernannte, stehen nach den Verfügungen Carl Beaconsfields große Schwierigkeiten bei der Arbeiten entgegen. Es ist ihm nämlich vorgeschrieben, nichts von den Aufzeichnungen über den Charakter und das Benehmen zeitgenössischer Staatsmänner zu veröffentlichen, was gegen das öffentliche Interesse wäre, oder die Hintergedanken der Betreffenden trüben könnte. Nun sind gerade die kaufmännischen Urteile Lord Beaconsfields über seine Feinde von größtem Interesse. Lord Rowton muß nun sehen, wie er sich zwischen diesen Hindernissen hindurchwindet.

Die Sonnenbige. Eine Vorstellung des ungeheuren Wärmevermögens der Sonne gab der berühmte amerikanische Physiker

Langley einem Besucher vor kurzem durch die Angabe, daß sämtliche Steinkohlen Pennsylvaniens, die das Land noch auf Jahr- hunderte versorgen werden, nicht im stände wären, auch nur den tausendsten Teil einer Sekunde hindurch die gleiche Temperatur hervorzubringen. Der Besucher scheint davon sehr bestirbt gewesen zu sein, wir müssen diese Vorstellung aber als höchst unklar zurückweisen und bezweifeln, ob Herr Langley diese Messung überhaupt gethan hat. Durch Verbrennung erhält man höchstens eine Temperatur zwischen 2000 und 3000 Grad, diese ist zu niedrig. Denkt man sich aber diese Hitze auf einen kleinen Raum konzentriert, so kann man sich beliebig hohe Temperaturen konstruieren. Es handelt sich eben immer um die Größe der Masse, die erhitzt wird. Der elektrische Lichtbogen ist 3500 Grad heiß, die Sonne 8000 bis 9000 Grad. Die höchste Temperatur, die wir erzeugen können, hat der elektrische Funke, nach Schirner 20000 Grad, beschränkt auf einen winzigen Raum.

Woju alte Zeitungen gut sind. Ein französischer Journalist findet, so schreibt die Romanwelt, daß Zeitungspapier nicht nur zum Verpacken Verwendung finden kann, sondern daß es auch vermöge seiner Unburchlässigkeit für Luft als Schutz gegen die Winterkälte dienen kann (in Norddeutschland, Rußland, Skandinavien verklebt man ja im Winter die Fenster mit Streifen alten Zeitungspapiers), und daß sich wegen ebenderelben Eigenschaft es selbst im warmen Zimmer lange aufbewahren läßt, wenn man es in Zeitungspapier schlägt. Ferner wirkt die Druckerwärme auf Moten und Meien so tödlich wie Kampfer, man braucht also Klebungstücke, Pelze etc., um sie gegen Mottenwürmer zu schützen, nur in alte Zeitungen zu hüllen. Schließlich giebt die Asche von Zeitungspapier wegen der darin enthaltenen Druckerwärme ein vortreffliches Pulvermittel für Messer und Gabeln ab. Also wer sich Zeitungen zum Lesen nicht hält, der halte sie wenigstens — gegen den Mottenfraß und zum Messerspugen.

Humoristisches.

Bart befaltet. „Das gnädige Fräulein hat wohl das Kochen im Pensionat gelernt?“ — „Ich glaube nicht. Wie ich neulich Kartoffel schälte, wurde sie rot, lief davon und sagte: sie könne die Schinderei nicht länger mit ansehen!“ (Bl. Bl.)

lohn von 7 Mark. Davon mußte sie 4 Mt. an die Pflegerin ihres Kindes und 1.50 Mt. für ihre Schlafstelle zahlen, so daß ihr für ihren Lebensunterhalt 1.50 Mark pro Woche blieb. Die komplette Unmöglichkeit, mit diesen wenigen Groschen ihr Leben zu fristen, gab ihr den Gedanken ein, sich des Kindes, dessen Pflege den größten Teil ihres Verdienstes in Anspruch nahm, zu entledigen. Sie versuchte es mit Phosphor zu vergiften. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Ehrverlust hätte sollen das Gericht über unsere heutige Gesellschaft verhängen, die es zuläßt nicht nur, sondern bewirkt, daß ein armes Mädchen ihr in Schmerzen geborenes Kind töten will, weil sie es nicht zu ernähren vermag.

Städtische Arbeitsvermittlungsstelle und Streiks. Die Kommission der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle in Frankfurt a. M. beschloß, daß bei Streiks und Aussperrungen, bei dem ein Schiedspruch von einem Gewerbegericht oder einer anderen angerufenen entsprechenden Stelle ergangen ist, der zu Gunsten der Arbeiter ausfällt, die Arbeitsvermittlungsstelle ihre Thätigkeit für die betreffenden Geschäfte einstellt.

S. Frankfurt a. M., 16. Juni. In einer gestern abend vom Verein für kaufmännische Angestellte einberufenen stark besuchten öffentlichen Handlungsgehilfen-Versammlung fand nach dem Referate der Genossen Voeb und Dr. Quat der Ausschluß des genannten Vereins aus dem Verbands der Kaufmännischen Vereine Deutschlands auch von allen nachfolgenden Rednern die entschiedenste Verurteilung und wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung Frankfurter Handlungsgehilfen und Gehilfen erklart in dem Ausschluß des Vereins für kaufmännische Angestellte aus dem Verbands kaufmännischer Vereine das Eingeständnis dafür, daß dieser Verband die Interessen der Handlungsgehilfen nicht vertreten kann und will. Die Versammlung erjudt den Verein für kaufmännische Angestellte, auf seinem Wege im Interesse der Handlungsgehilfen fortzuschreiten.“

In einer stürmisch verlaufenen Buchdrucker-Versammlung in der Redaktion Gsch's Leipzig anwesend war und sich energisch gegen die von den hiesigen Rednern Dominis und Dorfsch erhobenen Angriffe verteidigte, wurde nach fünfständiger Debatte folgende Resolution mit 83 Stimmen angenommen: Die heutige Versammlung des Bezirks Frankfurt erkennt die Resultate der Tarifverhandlungen an, so weit sie sich auf Arbeitszeitverkürzung und materielle Besserstellung beziehen, erklart aber in der fünfjährigen Wältigkeitdauer und langen Kündigungsfrist einen bedeutenden Nachteil für die deutsche Kollegenchaft und stellt deshalb beim Centralvorstand den Antrag auf Urabstimmung über diese Frage. Weiter erklart die Versammlung sich mit der Schreibweise des Korrespondent und dem Verhalten des Kollegen Gsch vollständig einverstanden, ist dabei aber der Meinung, daß nimmehr von beiden Seiten, Hauptvorstand und Redaktion des Korrespondent, der Weg friedlicher dauernder Verständigung gesucht werden muß und beide Teile künftig wieder einig zum Wohl des Verbandes sich bethätigen.“ Bei der hierauf vorgenommenen Wahl der Delegierten zur Generalversammlung bezielten die Anhänger Gsch's die Mehrheit.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Den Fortschritten der deutschen Textilindustrie wendet man in den Kreisen der französischen Interessenten und der französischen Regierung erhöhte Aufmerksamkeit zu. Besonders ist es die deutsche Wirkwarenindustrie, deren bedeutender Export die interessierte Aufmerksamkeit der Franzosen erregt hat. Um diese Branche genau zu studieren, bereist zur Zeit ein Abgesandter der französischen Wirkwarenfabrikanten die deutschen Fabrikationsstädte, zugleich zu dem Zweck, die Einrichtung der Exportmusterlager und Exportmuseen kennen zu lernen.

Mittweida, 17. Juni. Wir haben schon wiederholt von dem bestehenden Plane Mitteilung gemacht, durchs Bschopauthal eine elektrische Bahn zu legen. Die daran beteiligten Gemeinden und die Dresdener Aktiengesellschaft für elektrische Anlagen wollen die Sache in die Hand nehmen. Durch eine oberirdische Drahtleitung wird die elektrische Kraft den Motorwagen zugeführt. Die Bahn geht von Böha nach Kriebitzthal. Täglich sollen 7-8 Züge in jeder Richtung verkehren, Güterzüge mit je 3-4 Wagen, Personenzüge mit einem Motorwagen und nötigenfalls einem Anhängewagen. Man rechnet, so schreibt die Frankfurter Zeitung, auf eine Jahresverfrachtung von 200 000 Tonnen, so daß an jedem Werktag 600 Tonnen oder 60 Doppelwagen zu befördern sein werden. Größere gewerbliche Anlagen werden Anschlußgeleise erhalten, die Betriebsweise soll die der preussischen Kleinbahnen sein. Die Kosten, anfangs auf 6 bis 7 Millionen veranschlagt, werden sich um 1 1/2 Millionen niedriger stellen, wenn die Grundstücke zu den toten Geleisen von Gemeinden und gewerblichen Anlagen unentgeltlich hergegeben wird. Jedoch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Staat die Bahn bauen werde. Abdamn tritt die Gesellschaft von dem Unternehmen zurück.

Dresden, 17. Juni. Gegen die Konsumvereine haben bekanntlich auch die sächsischen Militärvereine Stellung genommen, und zwar in der Weise, daß mit dem 1. Juli d. J. jedes Mitglied des Militärvereins aus dem Konsumverein auszuschneiden hat, widrigenfalls es nicht von den Kameraden ausgeschlossen werden will. Jetzt, kurz vor dem 1. Juli, wurden nach Meldung der Sächs. Arbeiterzeitung in zahlreichen Militärvereinen Circulars verbreitet, die bis auf den Namen der Vereine alle wie folgt lauten:

Königl. Sächs. Militärverein zu Niedergoritz und Umgegend. Kameraden!

Nachdem mehrfach bekannt geworden, daß Militärvereinsmitglieder Konsum- und anderen unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Vereinen angehören, wurde folgender Beschluß in der außerordentlichen Bundes-Generalversammlung vom 3. Februar 1896 gefaßt:

Alle Kameraden, welche einem Konsum- oder anderen dergleichen Vereinen angehören, dessen Leitung sich nachweislich in sozialdemokratischen Händen befindet, haben bei Vermeldung der Ausschließung aus ihren Militärvereinen aus oben genannten Vereinen auszutreten. Dieser Beschluß findet auch Anwendung, wenn des betreffenden Kameraden Ehefrau dabei verbleiben sollte.

Indem wir unseren Mitgliedern diesen Beschluß mitteilen, machen wir gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Gesamtvorstand in der am 30. Mai d. J. stattgefundenen Vorstandssitzung folgendes beschloß:

Diejenigen Kameraden unseres Vereins, welche einem oben erwähnten Konsumvereine angehören, haben, wenn sie Mitglieder des Militärvereins bleiben wollen, bis 30. Juni d. J. ihre Mitgliedschaft im Konsumvereine zu kündigen, und daß dies geschehen, unserem Vorsitzenden, Kamerad August Adam, bis 1. Juli

b. J. schriftlich nachzuweisen, oder aus dem Militärverein auszuschneiden.

Die Stämmigen haben den Ausschluß aus unserem Vereine zu gewärtigen. Der Gesamtvorstand.

Es ist nur die Frage, ob so mancher nicht lieber die Vorteile der Konsumvereine höher anschlagen wird, als die der Militärvereine; der Patriotismus reicht nämlich bei Leuten dieses Schlages gewöhnlich auch nur bis zum Geldbeutel. In Tharandt ist z. B. der frühere Vorsitzende des Militärvereins, ein Fleischermeister, lieber aus dem Militärverein ausgeschieden, als daß er die Mitgliedschaft und damit die Geschäfte mit dem Konsumverein einbüßte. Der Gemeindevorstand von Hainsberg, der Gut- und Mühlenbesitzer Mehnert, der große Brotlieferungen an Konsumvereine hat, lehnte ebenfalls dem Militärverein den Rücken, um seinen Absatz nicht zu schmälern. Die Reihe dieser Konsumvereinsanhänger ist sehr groß und sie wächst noch tagtäglich. Was ist das Resultat? Die intelligentesten Arbeiter und die geschäftlich engagierten Besitzenden verlassen die Militärvereine zum Schaden derselben. Wer anderen eine Grube gräbt, fällt eben meist selbst hinein!

Eine stark besuchte Versammlung der streikenden Maurer beschäftigte sich mit dem Stande des Streiks. Die Lage ist nicht unangenehm. Bereits 1900 Maurer arbeiten nach dem neuen Lohnsage. Birta 1000 Maurer sind noch in die Streikliste eingetragen, allein 650 stehen nur noch im Streik, da die übrigen gestern nach auswärts abreisen sollten. Man beschloß, daß alle diejenigen, die nicht länger als drei Tage im Streik gestanden hätten, keine Unterstützung bekommen sollten. Von den übrigen Streikenden sollen die Lebigen mit 1.50 Mt. pro Tag und die Verheirateten mit 2 Mt. pro Tag unterstützt werden; für jedes Kind wird außerdem wöchentlich noch 1 Mt. extra gezahlt.

Die Privatklage des Bäckermeisters Behold zu Abtau gegen den Redakteur der Kreuz-Zeitung, Kropatschek, wurde am 15. Juni beim Schöffengericht I zu Berlin verhandelt. Es handelte sich um die bekannte falsche Nachricht, die aus der Bäder-Zeitung stammte, aber in die Kreuz-Zeitung aus den Dresden. Nachrichten übernommen worden war, und worin Behold als „sozialdemokratischer Muster-Bäckermeister“ bezeichnet, mit Bezug auf seine Thätigkeit in der Kommission für Arbeiter-Statistik verpöndelt und schließlich beschuldigt worden war, mit Hinterlassung bedeutender Schulden und nach Hineinlegung der „Genossen“ flüchtig geworden zu sein. Das Gericht verurteilte Kropatschek zu 100 Mt. Geldstrafe, lehnte aber die Buße ab, weil es sehr zweifelhaft sei, ob der entstandene Schaden gerade auf die Kreuz-Zeitung und ob er nicht vielmehr auf die sächsische Lokalpresse zurückzuführen sei. Bei der Geldstrafe sei erwogen worden, daß Dr. Kropatschek zwar vielleicht die Strafe nicht aus eigenen Mitteln zahle, daß dies aber nicht in Betracht kommen könnte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, hatte übrigens die Frage, von wem die Geldstrafe bezahlt werden würde, gar nicht berührt.

Morgen findet vor dem hiesigen Landgericht die Hauptverhandlung gegen den Fhrrn. v. Schorlemer-Nist statt.

Bittau, 17. Juni. Der seit einigen Wochen unter dem Verdachte des betrügerischen Bankrotts in Haft befindliche Inhaber des hiesigen „Welthauses“ J. Chorinski ist dieser Tage als Untersuchungsgefangener in das Gefängnis nach Waucha eingeliefert worden.

Bühlau, 17. Juni. Hier wird am 20. d. Mts. in Vereinbarung mit der dortigen Postagentur eine mit Fernsprecher versehene Telegraphen-Betriebsstelle eröffnet werden. Gleichzeitig wird dort ein Unfallmeldebedienst eingerichtet.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

k. Wurzen, 17. Juni. Heute nachmittag 5 Uhr fand bei dem Mechaniker Prommer, Eisenburger Straße, der sich, wie wir vernahmen, mit Herstellung von Glühlicht-Netzen befaßte, eine Benzineexplosion statt, bei der mehrere Personen schwer und einige leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten mußten nach dem Krankenhaus überführt werden. Die erste ärztliche Hilfe leisteten die Herren Dr. Obenaus und Dr. Dertmann. Der durch die Explosion entstandene Brand konnte alsbald gedämpft werden.

soh. Wernigerode, 17. Juni. Vor etwa drei Jahren bauten sich die hiesigen Parteigenossen ein eigenes Lokal, den sogenannten Volksgarten, um den Scherereien mit den Gastwirten zu entgehen. Den Betrieb im Volksgarten übernahm der Volksbildungsverein, der aber nur an seine Mitglieder Speisen und Getränke zum Selbstkostenpreise verabsolgte. Die Polizei versuchte es wiederholt, durch Verbote und Beschränkungen das Unternehmen lahmzulegen, jedoch vergeblich. Jetzt kam die Sache vor dem Schöffengericht zu vorläufig endgültigem Austrag. Die Polizei behauptete, es seien Speisen und Getränke auch an Nichtmitglieder verabsolgt und nicht nur zum Selbstkostenpreise. Die Polizei versuchte einen sehr umfangreichen Wahrheitsbeweis anzutreten, der indes völlig mißlang. Infolgedessen mußten die Angeklagten Geschäftsführer Wackermeister Bartels und seine zwei Hilfskräfte in der Verwaltung des Volksgartens, Maurer Spantko und Cigarrenmacher Schulze, freigesprochen werden.

Weinungen, 17. Juni. Auch das Weinungische Ministerium hat in einem Ausschreiben vom 13. d. M. Bestimmungen getroffen über die Vereinfachung des Geschäftsgangs bei den Behörden, die Verminderung des Schreibwerks und die Abstellung unnötiger Förmlichkeiten.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Maschinisten und Selzer sowie Berufsgenossen von Leipzig und Umgegend fand am 14. d. M. vormittags 11 Uhr im Universitätskeller statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Vortrag und Diskussion über das Durchschlagen eines Cylinderrades einer Dampferdigen Dampfmaschine infolge Reihens der Kolbenstange referierte Kollege Gebauer. Er entwarf den Kollegen ein Bild davon, wie sich dieser Unfall zugetragen. Bei Punkt 2, Berufsumschau, sah sich der Vertrauensmann veranlaßt, das Protokoll vom Verbandstage an einigen Stellen zu berichtigen. Auch las er einen Brief vom Verbandsvorsitzenden vor, in dem die Mitglieder ersucht werden, jeder Zeit für einen weiteren Ausbau unserer Zeitschrift bestrebt zu sein. Dies ist möglich, wenn die Mitglieder über alle wichtigeren Fortkommnisse berichten. Sodann bittet der Redner noch, die Protokolle dem Vertrauensmann zur weiteren Agitation zur Verfügung zu stellen. Unter Gewerkschaftlichen brachte der Vertrauensmann die Agitationsweise des früheren Vorsitzenden Schulze des Leipziger Vereins zur Sprache. Er gab die einzelnen Punkte bekannt, und nannte auch die Namen derjenigen Kollegen, die ihm die betr. Mitteilungen gemacht haben. Zu bebauern war es nur, daß die beiden Mitglieder des Leipziger Vereins, Meißner und Schulze, trotz schriftlicher Einladung nicht

erschieden waren. Es meldeten sich noch einige Kollegen zum Eintritt in den Verband.

Baundorf. Der Gemeindeverein hielt am 14. Juni im Vereinslokal seine Monatsversammlung ab. Genosse Jul. Wagner erstattete aus zwei am 21. Mai und 12. Juni stattgefundenen Gemeinderatsitzungen Bericht, aus dem nur hervorzuheben ist, daß aus den Mitteln der Gemeinde ein Betrag von 10 Mark zur Errichtung des Wärserschlagbentmals bewilligt wurde. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der der Verein dem Gemeinderat seine Mißbilligung über diesen Beschluß ausdrückt, dem die Mehrheit der steuerzahlenden Einwohner nicht zustimmen vermag. Es wäre besser gewesen, wenn diejenigen Herren Gemeindevertreter, die für den Antrag gestimmt haben, die 10 Mark aus ihrer Tasche gezahlt hätten. Darauf erstattete das Sommerfestkomitee Bericht. Da dasselbe die nötigen Vorbereitungen noch nicht fertig gestellt hatte, wurde beschloffen, am letzten Sonntag in diesem Monat nochmals eine Versammlung abzuhalten, in der dann über die Vorschläge des Komitees Beschluß gefaßt werden soll. Auch sollen in dieser Versammlung möglichst die Anmeldungen der Mitglieder, die sich am Sommerfest beteiligen wollen, erfolgen.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Steinarbeiter. Abends halb 8 Uhr. T.-D.: 1. Krankenunterstützung. 2. Sommerfest. 3. Gewerkschaftliche. Große öffentl. Versammlung. Drei Wochen, 2. Abg. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag über: Gemeindeverwaltung resp. städtische Angelegenheiten (Wohnbau, Bestattung des Obd. etc.). 2. Diskussion hierzu. Ref.: Stadtvorstand Dr. J. Lange. Sozialdemokratischer Verein d. S.-S. Gumbinnus zu Gumbinnus. Abends halb 8 Uhr. T.-D.: 1. Steuererleichterung u. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über: Städtische Angelegenheiten, resp. den zünftigen Reichstags. 3. Politische Rundschau. 4. Vereins- und Parteiangelegenheiten. Refer.: Herr Stadtvorstand Herr J. Lange. Reichstags-Delegierte der S.-S. Unterhändler. Abends 7 Uhr. Freitag: Metallarbeiter. Volkshalle zu Gumbinnus. Abends halb 9 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag. 2. Sozialfrage. 3. Werkschließungsangelegenheit.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Juni.

Den Leipziger Stadtverordneten ins Stammbuch. Wenige Tage nachdem in Leipzig die von uns ausführlich besprochenen Anträge Blicher und Genossen abgelehnt worden waren, ersuchte bei der Verhandlung über den von der Regierung mit der Neu-Quinea-Gesellschaft abgeschlossenen, vom Reichstag aber abgelehnten Vertrag der alte nationalliberale Kämpfer Hammacher, der an jener Gesellschaft mit beteiligt ist, den Präsidenten des Reichstags, zum stenographischen Bericht festzustellen, daß er sich bezüglich dieser ganzen Frage der Beteiligung an den Verhandlungen und Abstimmungen enthalte, da er es für Pflicht jedes Abgeordneten erachte, sich nicht zu beteiligen bei der Abstimmung über solche Dinge, die ihn selbst angehen. — In Leipzig nahmen mit einer Ausnahme auch die Herren Stadtverordneten an der Abstimmung teil, die als Diebesrenten etc. zur Stadt in Beziehung stehen. Sie stimmten stramm gegen die Anträge Blicher und brachten sie zu Falle.

Zur Glaserbewegung. Im Ausstand befinden sich nur noch 45 Mann, während 141 Gefilfen bei 33 Meistern zu den bewilligten Forderungen arbeiten und 49 Glaser abgereist sind. Streikbrecher oder solche Ausständige, die sich später nicht wieder gemeldet haben, sind im ganzen sieben zu verzeichnen. Die Innung zeigt noch immer kein Entgegenkommen, sondern fordert die Meister auf, ihre Tarifunterchriften bis Freitag abend zurückzugeben, andernfalls sie aus der Innung ausgeschlossen würden. Sollte der Vorstand der Innung seine Drohung wahr machen, so würden die Vertreter der Kunst allerdings auf einen kleinen Bestand zusammenschrumpfen. Betreffs der Dampflokerei des Herrn Alb. Böhne, Fischeitz., muß entschieden der Ansicht entgegengetreten werden, als sei dort alles im Lote und die Werkstatt für die Ausständigen wieder geöffnet. Dem ist nicht so. Herr Böhne zeigt wohl Entgegenkommen, erfüllt jedoch die Forderungen der Kommission nicht, deshalb bleibt die Verhängung der Sperre aufrecht erhalten. Sonst ist der Stand des Streikes sowie der Geist der Ausständigen ein äußerst günstiger.

Neue elektrische Straßenbahnlinien. Der Rat der Stadt hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten und der noch eingeholenden Konzessionierung der Staatsregierung beschlossen, der (neuen) Leipziger Elektrischen Straßenbahn die Genehmigung zum Bane folgender neuer Linien zu erteilen:

1. Johannisplatz—Ländchenweg—Niederstraße und in dieser bis nahe an die Mündung in die Reichenhainer Straße einseitig, und von der Niederstraße abgehend durch die Stötteritzer Straße nach Stötteritz andererseits;
2. Marienplatz—Lange Straße—Ranftische Gasse—Kohlgrabenstraße—Vergstraße—Kirchstraße nach Schönfeld einseitig, und durch die Wurzen Straße bis zur Ecke der Dorf- und Kirchstraße in 2. Sellenhausen andererseits;
3. Ostplatz—Oststraße, dann geteilt durch a) die Josephinenstraße, b) die Niederstraße—Stötteritzer Straße—Stötteritz, wobei die beiden Strecken einmal zwischen den beiden Kreuzungspunkten der Oststraße mit der Josephinenstraße und mit der Niederstraße und sodann in der Josephinenstraße und in der Stötteritzer Straße bis zur Kreuzung mit der Niederstraße, einseitig angenommen sind;
4. für den Fall, daß die Bedenken gegen die Benutzung der Diebstraße zur Einlegung elektrischer Straßenbahngeleise nicht fallen gelassen werden, bzw. bis zur Erteilung der Genehmigung hierzu für die Diebstraße, Die Straße Bayerischer Platz, Windmühlweg, in letzterem einseitig mit einer Weiche etwa in der Mitte der Straße, Johannisallee—Ostplatz;
5. Gohliser Wehr—Rosenthalstraße in d. Gohlis—Schmiede-straße—Untere Georg-straße—Lange Straße, und zwar westlich bis zu deren Mündung in die Wäckerische Straße einseitig, und östlich bis zur Lindenthaler Straße und durch diese nach den neuen Kasernen andererseits;
6. Berliner Bahnhof—Wittenberger Straße und deren Verlängerung (früher Lange Straße) bis zur Gartenstraße in d. Entzitzsch.

Die Bauarbeiten dieser neuen Linien sollen unmittelbar nach der demnächst erfolgenden Fertigstellung der Leipziger Elektrischen Straßenbahn früher konzessionierten Linien in Angriff genommen werden.

Die Leipziger Elektrische Straßenbahn hat am vergangenen Sonntag über 35 000 Personen befördert. Andere Tausende fanden wegen Ueberfüllung der Wagen keinen Platz und mußten ihren Weg zu Fuß zurücklegen.

Strafen über Strafen droht ein Nachtrag zu den Verträgen und Instruktionen für die Beamten der Stadtpost Lipsia an, in dem es den Beamten zur Pflicht gemacht wird, die erste Leerung der Briefkästen schon vor 6 Uhr morgens zu beenden. Wer das nicht rechtzeitig thut, hat für jeden Kasten 10 Pfg., wer seine Kästen überhaupt nicht leert, 1 Mt. Strafe

zu bezahlen. Wer nach den Bestellgängen nicht pünktlich im Sortierraum erscheint, zahlt 10 Pfg., im Wiederholungsfall 20 Pfg. Strafe. Dann heißt es weiter: Wer einen Brief, Karte oder Zeitung, dessen Adresse richtig war, falsch abschreibt, hat 2 Mk., wer wichtige Briefe, Karten oder Zeitungen zu der bestimmten Zeit nicht befreit, hat für jedes Stück 50 Pfg., wer während der Bestell- oder Leerungszeit raucht, hat 50 Pfg., wer während der Bestellzeit ohne Erlaubnis nach Hause geht, 1 Mk., wer sich in einem Restaurant während der Dienstzeit länger als zur Abgabe der Briefschaften nötig ist aufhält, hat 50 Pfg., wer 10 Minuten nach dem Abklingen oder Abrufen sich noch im Sortierraum befindet, 10 Pfg. Strafe zu zahlen. Wer sich mit einem Kollegen zankt, hat 50 Pfg., geht der Zank in tätliche oder wörtliche Beleidigung über, 3 Mk. Strafe zu zahlen. — Leider enthält der Ums eine Angabe über die Dauer des Dienstes und die Gehaltsverhältnisse nicht. Vielleicht ergänzt in dieser Richtung einer der Dipstaben das obige anmutende Bild.

Die ersten Brennen rücken am 17. Juni 1886, also gestern vor 30 Jahren, in Leipzig ein. Damit war unserer Stadt die Situation geklärt. Seit dem 14. Juni hatte man in und um Leipzig in recht gedrückter Stimmung gelebt, denn jeden Augenblick erwartete man den Einmarsch fremder Truppen; englische Gemüter und solche, die noch die Schreckenslage von 1813 her kannten, hatten sich mit Proviant auf längere Zeit hinaus versehen und ihre Kostbarkeiten begraben oder sonst sicher untergebracht. Der 17. Juni war 1866 ein Sonntag; in der Frühe des Sonntagmorgens war eine Dragonerpatrouille in Leipzig eingezogen, um sich über die Besetzung der Stadt zu vergewissern. So schnell wie sie gekommen, verschwand sie auch wieder; die Bevölkerung erwartete nun größere Truppenmassen, aber bis zum Abend ließ sich kein feindlicher Soldat sehen; erst nach 8 Uhr abends kam eine zweite Dragonerpatrouille, die mehrere Wagen eskortierte, in denen sich Leipziger befanden, die in Würzen die Preußen sich hatten ansehen wollen. Bis zur späten Nacht blieben die Straßen nach Osten hin von zahlreichen Reutigeren besetzt, da man nun bestimmt den Einmarsch der Preußen erwartete, aber die Dragonerpatrouille zog wieder ab, es kam in der Nacht kein Preuze weiter und auch am 18. Juni nicht. Wohl aber durchschwirrten an diesem Tage allerlei unheimliche Gerüchte die Stadt: man wollte wissen, daß sich die Bayern in größter Nähe befinden und daß es in den nächsten Tagen in und um Leipzig zum Kampfe kommen würde. Der 19. Juni brachte endlich eine größere feindliche Besetzung für Leipzig; am frühesten Morgen dieses Tages zog auf Weiterwegen eine Compagnie schlesischer Garde-Landwehr ein, und um 11 Uhr folgte dieser ein Bataillon des 4. Garde-Regiments, das den Tag zuvor im Eisenau in Quartier gelegen hatte. Diese Truppen lösten die Kommunalgardeposten ab und nahmen Quartier in Schloß Weissenburg. Seitdem hat sich der preussische Geist für immer in Leipzigs Mauern niedergelassen, und längst haben sich die guten Sächser daran gewöhnt, daß den Preußen alles nachgesieht wird.

Die Versorgung des Stadtteiles A-Meuditz mit Gas zur Beleuchtung, zum Kochen, Heizen und zu anderen hauswirtschaftlichen sowie zu gewerblichen Zwecken, die zur Zeit von der Thüringer Gasgesellschaft durch ihre Gasanstalt in A-Sellerhausen geschieht, wird vom 1. Juli d. J. an ausschließlich durch die städtischen Gasanstalten bewirkt werden. An den Zuleitungsrohren zu den einzelnen Grundstücken und an den Verbindungen mit den Gasmessern der Gasabnehmer findet keine Veränderung statt; wenn eine solche nicht aus Gründen der Sicherheit oder der besseren Gasabgabe geboten ist. Die Gasabnehmer in A-Meuditz treten am 1. Juli d. J. hinsichtlich ihres Gasbezuges in ein Vertragsverhältnis zu der Stadt, sofern die Gasabnehmer nicht vom weiteren Gasbezuge absehen. Die Verträge, die die näheren Bedingungen enthalten, unter denen die Gasabgabe durch die städtischen Gasanstalten erfolgt, werden den Abnehmern rechtzeitig zur Vollziehung übermittleit werden. Der Preis für einen Kubikmeter Gas beträgt, wie in A-Leipzig, zur Beleuchtung 18 Pfg. mit Rabatt je nach der Höhe der jährlichen Gasentnahme; zum Kochen, Heizen, zu anderen hauswirtschaftlichen und zu gewerblichen Zwecken 12 Pfg. ohne Rabatt.

Vor dem Disciplinargerichtshof beim Reichsgericht wird in der ersten Hälfte des Monats Juli der Prozeß gegen den Kameruner Menschenfänger Wehlan in der Berufungsinstanz verhandelt werden. Wehlan war bekanntlich von der Potsdamer Disciplinarkammer zur Amtsversetzung und zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt, gegen welches Urteil der zum Ankläger bestellte Legationsrat Mose Berufung einlegte.

Der Hochverratsprozeß gegen den 21 Jahre alten Anarchisten Jacobini Jacobi aus Freiburg findet vor dem II. und III. Strafsenat des Reichsgerichts unter Leitung des Senatspräsidenten v. Wolff am 1. Juli statt. Jacobi ist in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Der auf dem Scherbelberg errichtete Aussichtsturm soll nächsten Montag früh 7 Uhr in Gegenwart des Rates und der Stadtverordneten feierlich eingeweiht und sodann der öffentlichen Benutzung übergeben werden.

Röntgen-Strahlen. Das Wesen und die Wirkung der von Prof. Dr. Röntgen entdeckten X-Strahlen wurde vorgestern abend im Albertgarten zu A-Anger vor etwa 700 Personen durch einen Experimental-Vortrag veranschaulicht. Der Vortragende, Herr Raube (vom Institut Kosmos in Leipzig), wies bei der Schilderung der im Dezember vorigen Jahres gemachten Entdeckung des Würzburger Professors Röntgen auch auf die in dieses Fach einschlagenden früheren, doch nicht so weitgehenden Entdeckungen anderer großer Physiker hin. Die Entladung des elektrischen Stromes im luftverdünnten Raume sei schon seit Jahren das Versuchsobjekt mehrerer bekannter Physiker gewesen. Die zu den Experimenten notwendige Elektrizität wurde durch eine Accumulatoren-Batterie hervorgebracht und die elektrischen Ströme dann durch den Induktions-Apparat erzeugt. In den durch Leitungsdrähte mit dem Apparat an ihren Endpunkten verbundenen Geislerschen Glasröhren oder den bei der Erzeugung von Röntgenstrahlen verwendbaren Glasbirnen erblüht man deutlich die infolge der Entladung des elektrischen Stromes erzeugten Lichterscheinungen. Infolge der Verwendung verschiedener Substanzen bei der Präparierung der Glasröhren spielen diese in den mannigfaltigsten Farben. Die Verschiedenartigkeit der Entladung des elektrischen Stromes erkannte man am besten in der an einem Ende mit Negalkalium, im übrigen aber mit sehr dünner Luft gefüllten Röhre. Das Bestreben des Negalkaliums, bei Erwärmen der vorhandenen Sauer- und Wasserstoff nach und nach aufzuliegen, wird eine noch stärkere Reduzierung des Luftgehaltes erzielt und in dieser ganz dünnen Luft kommt dann der negative elektrische Strom,

das Kathodenlicht, in geraden Strahlen zur Geltung, während der positive Strom, das Anodenlicht, durch die Erwärmung verringert wird. Den sich vollziehenden Wechsel, die Reduktion des Anodenlichtes und das Steigern des Kathodenlichtes oder umgekehrt, je nach der Erwärmung oder der Entladung des Negalkaliums, konnte man sehr deutlich wahrnehmen. Daß das Kathodenlicht selbst eine mechanische Wirkung hat, wurde durch den Vortragenden an den in einem Glasbehälter befindlichen, aus Glimmer hergestellten Windmühlenspißeln bewiesen. Die Versuche mit dem Fluoreszenzschirm waren leider infolge der Schwäche des Apparates nur in aller nächster Nähe zu erkennen. Jedenfalls ist dies Experiment für denartig große Vorstellungen ungeeignet. Die photographische Wirkung der X-Strahlen wurde an drei während und vor der Vorstellung aufgenommenen, schön durchleuchteten Händen gezeigt. Diese sowohl wie auch eine Anzahl anderer photographischer Aufnahmen mit X-Strahlen wurden dann durch einen Projektionsapparat dem Publikum in bedeutend vergrößertem Maßstabe sichtbar gemacht. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß bei verkrüppelten Füßen und Händen die abnorme Lage der Knochen oder auch in diesen Körperteilen befindliche Fremdkörper scharf gezeichnet waren. Dieser Fortschritt auf dem Gebiete der Elektrizität ermöglicht eine genaue Abbildung selbst des inneren menschlichen Körpers und dadurch eine bedeutend bessere Behandlung des kranken Menschen. Im großen und ganzen fand der Vortrag bei den Anwesenden eine gute Aufnahme.

Vorsicht am Telephon-Apparat bei Gewitter! Obwohl bekannt ist, daß bei einem Gewitter die Telephonbeamten die Leitung abstellen, werden doch häufig unnütze Versuche gemacht, Anschluß behufs Führung eines Gespräches zu erlangen. Es sind schon verschiedentlich Fälle vorgekommen, daß Personen, welche sich bei elektrischen Entladungen an Apparat zu schafften machten, die Wirkung eines Gewitters in nicht gerade angenehmer Weise an ihrem Körper erfahren mußten.

Als Geschworene für die Anfang Juli d. J. stattfindende dritte Schwurgerichtsperiode sind folgende Herren ausgelost worden: Privatmann Emil Stück in Leipzig, Fabrikbesitzer Adolf Wötcher in Colditz, Kaufmann Bernhard Heinrich Kottow-Deutemann in Leipzig, Rittergutsbesitzer Maximilian Reich in Dewitz bei Taucha, Rittergutsbesitzer Julius Emmerich Kurt Richard von Auenmüller in Thierbach bei Borna, Gutsbesitzer Emil Jungmann in Dreiskau bei Began, Stadtgutsbesitzer Friedrich Emil Hugo Beyer in Markranstädt, Wollwäschereibesitzer Friedrich Hermann Schrotz in Würzen, Gutsbesitzer Friedrich Hermann Kolbe in Greifenhain bei Frohburg, Professor und Rektor Dr. phil. Karl Heinrich Raemmel in Leipzig, Rittergutsbesitzer Robert Fide in Döllitz, Ziegeleibesitzer Ernst Anton Bassenge in Wahren, Fabrikbesitzer Johann Friedrich Paul Raumann in Reudnitz, Dr. phil. Georg Oskar Immanuel v. Hahn in Leipzig, Rittergutsbesitzer Georg Wüning in Gröppendorf bei Mügeln, Rittergutsbesitzer Paul Nikus in Marschwitz bei Leisnig, Fabrikbesitzer Karl Richard Hessel in Nerchau, Mühlenbesitzer Ernst Reichsch in Würzen, Fabrikbesitzer Karl Bruno Weidmüller in Borna, Dr. phil. Oskar Friedrich Bruno Wötcher, Vorstand der landwirtschaftlichen Versuchstation in Mödern, Rittergutsbesitzer Friedrich Rickmantel in Seegeritz, Kaufmann und Stadtrat Karl Robert Bruner in Leipzig, Kaufmann Gottlob Heinrich Schröder in Leipzig, Rentier Friedrich Bernhard Heine in Grimma, Kaufmann Felix Lorenz Gustav Biorkowsky in Leipzig, Gutsbesitzer Clemens Gruhl in Hohenwessener bei Oschag, Fabrikant Albert Friedrich Leonhardt in Grimma, Amtsleischpächter Paul Schneider in Wermbsdorf, Rentier Hugo Vrotkorb in Lausitz und Kaufmann Richard Bruno Bohnert in Leipzig. Den Vorsitz wird Herr Landgerichtsdirektor Fuchs führen.

Die zu militärischen Übungen eingezogenen Mannschaften verweisen wir auf die Kriegs-Ministerial-Verfügung, nach der einem jeden zu einer mehrtägigen Übung eingezogenen Reservisten oder Landwehrmann für Abnutzung seiner während der Übungsdauer getragenen eigenen Stiefel eine Entschädigung von drei Mark zuerkannt wird, sobald sie als probemäßige „Marschstiefel“ befunden sind.

Zum Revisor beim Krankenversicherungsamte ist Herr Merkel ernannt worden.

Bestwischel. Die von der Immobilien-Gesellschaft an den Ecken des Kupfergäßchens, der Magazinsgasse und der Universitätsstraße erbauten, der Silberne Bär genannten Geschäftshäuser sind durch Kauf in den Besitz des Stadtrats a. D. und Kommerzienrats Dr. Schwabe übergegangen.

Vermitt wird seit dem 25. Mai d. J. der Wäckerlehrling Wilhelm Rudolf Kreyßmar, geboren den 26. Januar 1879 zu Dietzendorf bei Burgstädt. Kreyßmar ist am genannten Tage von der Wohnung seines Lehrherrn (A-Lindenau, Lägner Straße 15) aus nach Groß-Döllitz zu seinem Bruder gefahren und hat diesen Ort an demselben Tage wieder verlassen, um nach Leipzig zurückzukehren. Am Abend des 25. Mai ist er noch am Sandberg gesehen worden. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Angehörigen vermuten, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei.

Arbeiterisiko. In der Maschinenfabrik von Krause zu Anger-Crottendorf fiel einem 37-jährigen Arbeiter ein etwa 15 Centner schwerer eiserner Träger auf das rechte Bein. Eine schwere Verletzung machte die Aufnahme des unglücklichen Arbeiters ins Krankenhaus notwendig.

Ein bedauernder Unglücksfall ereignete sich gestern abend in der 8. Stunde in dem Grundstück Comeniusstraße 5. Das achtjährige Mädchen des dort wohnhaften Fleischermeisters D. wurde von ihrer etwas älteren Schwester auf einer Schaufel, die im Garten angebracht ist, gehängt. Plötzlich riß ein Seil, so daß das Kind von der in Bewegung befindlichen Schaufel herabstürzte und sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß das arme Kind vier Stunden später eine Leiche war.

Unfälle. Am Dienstag vormittag fuhr auf der Kreuzung am Leihause ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn einem Pferdebestattungswagen der Schlachthoflinie derart in die Flanke, daß der letztere infolge der erlittenen Beschädigungen außer Betrieb gesetzt werden mußte. — In der Waldstraße wurde gestern abend ein 39-jähriger Schneider, als er auf einen Straßenbahnwagen aufspringen wollte, so Boden geschleudert und nicht unerheblich verletzt. — Gestern morgen 1/9 Uhr schlug in der Nähe des Ganyhscher Bassers auf der Pleiße ein Boot, in dem zwei Damen saßen, infolge Kollision mit einem anderen Boote um. Die beiden Damen fielen ins Wasser, wurden jedoch von den Insassen des anderen Bootes gerettet und konnten sich nach ihrer Wohnung in A-Connewitz begeben.

Reliquodier. Der vor etwa 8 Tagen in der Schwarzen Lache tot aufgefundenen jungen Mann wurde als ein 17-jähriger Chromodrucker erkannt.

Diebstähle. In einer hiesigen Herberge wurde vor einigen Tagen einem durchreisenden Wirtsgesellen außer Zeugnissen und barem Gelde ein auf den Namen des Schuster laudender Depositenchein der Bärlicher Kantonalbank über 1610 Mk. gestohlen. — Dem Wirt des Alten Gasthofes zu Mockau wurde am Dienstag eine Blechtafel mit 400 Mark entwendet. — Ein Rover, der von seinem Eigentümer eine kurze Zeit vor der Reichsbank in der Petersstraße unbeaufsichtigt stehen gelassen worden war, wurde von einem unbekanntem Spitzbuben aneuliert.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale. (Sitzung vom 17. Juni 1896.)

Von der Ausgestaltung des Wasserturns bei den Kasernenbauten in Mödern als Aussichtsturm soll nach einem Ratsschreiben Abstand genommen werden.

Die Ferien der Stadtverordneten werden voraussichtlich am 15. Juli beginnen.

Die Tagesordnung wurde fast ohne Debatte erledigt. Dem Antrag mehrerer der Zusammenlegungsgenossenschaft in Wohlitz gehöriger Wegeparzellen zum Preise von 2 Mk. pro Quadratmeter a Conto Stammvermögen wurde zugestimmt und die Parzellierungspläne und ortstatutarische Bauvorschriften für die beiden zwischen Schwägerichen, Robert Schumann, Ferdinand Rhode-Straße und Straße X des südwestlichen Bebauungsplanes gelegenen Baublöcke mit einigen Modifikationen genehmigt; ebenso die anderweitige Ratsvorlage betr. den Parzellierungsplan und ortstatutarische Bauvorschriften über „offene Bauweise“ auf dem zwischen der Dorotheenstraße und der Thüringischen Eisenbahn an der Breitenfelder Straße in A-Wohlitz gelegenen städtischen Areal.

Dem Ratsschlusse, die Einführung der Wasserleitung auf das von dem Vereine der Garteninhaber in A-Thonberg erpachtete, der Stadtgemeinde gehörige und hinter der westlichen Häuserreihe der Reichenhainer Straße gelegene Areal vorzunehmen und die veranschlagten Kosten von 4780 Mk. a Conto Wasserwert zu bewilligen, wurde zugestimmt. Ferner wurden genehmigt die Vorlagen über Einführung der Wasserleitung a) in die Funkenburgstraße auf der Strecke zwischen der Gustav Adolf-Straße und Auenstraße mit einem Aufwande bis zu 829 Mk., b) in die Straße I zwischen Leutscher- und Gumborfer Straße in A-Lindenau mit einem Aufwande von 1400 Mk., c) in die Straße hinter der Kirche in A-Magwitz zwischen der Weissenfeller- und Friedrich-Straße in A-Magwitz mit einem Aufwande von 850 Mk., alles a Conto Stammanlage.

Gegen 9 Stimmen, darunter die der Sozialdemokraten, wurde dem Leipziger Kanarienzüchterverein ein Beitrag von 100 Mk. für Aufstellungszwecke gewährt. Der Referent erklärte in des Kanarienzucht einen Erwerbszweig für die ärmere Bevölkerung.

Zugestimmt wurde der Ausbeziehung des der Stadtgemeinde Leipzig gehörenden Rittergutes Cunnersdorf aus dem Gebamnenbezirk Taucha und seine Ueberweisung in den Panitzsch-Borsdorfer Gebamnenbezirk.

Dem Ausschusse zur Unterstützung des Deutschtums in Hohenstadt in Böhmen wurden 500 Mk. zur Errichtung einer deutschen Gewerbeschule bewilligt. Namens seiner Gesinnungsgenossen hatte sich Stadtv. Pollender gegen die Bewilligung ausgesprochen, da es sich in Hohenstadt in der Hauptsache nur um den Kampf des deutschen und tschechischen Bürgertums um die Herrschaft in der Stadtverwaltung handle. Das deutschböhmische Bürgertum sei ebenso arbeiterfeindlich wie das tschechische, und seine Haltung gegenüber der Forderung des gleichen allgemeinen Wahlrechts eine abweisende. Den Arbeitern von Hohenstadt aber könne es gleichgültig sein, ob das deutsche oder tschechische Bürgertum das Stadiregiment in den Händen habe. — Stadtv. Dr. Köpfer nennt den Vorredner „vaterlandslos“ und beteuert seinen eigenen Patriotismus.

Dem Hausväterverband im 3. Bezirke der St. Nikolai-gemeinde wird gegen 10 Stimmen, darunter die der Sozialdemokraten, eine Bestwischelabgabe in Höhe von 880 Mk. erlassen.

Der Ortskrankenasse wird zum teilweisen Ersatz der Kosten für das Einkassieren der Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung solcher Versicherten, die nicht Mitglieder der Ortskrankenasse sind, ein Beitrag von 20000 Mk. bewilligt. — Stadtv. Prof. Wislicenus wünscht, daß bei der Ortskrankenasse die Abfertigung des wartenden Publikums prompter erfolgen möge. Er halte es für geboten, solche Beschwerden öffentlich mitzuteilen. — Stadtv. Blüthner weist den Vorwurf in seiner Allgemeinheit zurück, auf die Abstellung berechtigter Klagen werde er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied der Ortskrankenasse bedacht sein. — Vorsteher Dr. Schill erklärt, er habe die Ausführungen des Prof. Wislicenus zugelassen, da es sich bei den 20000 Mk. um einen Budgetposten handle und da bei der Beratung des Budgets alles Mögliche besprochen werden kann.

Zu baulichen Neuerungen auf dem Rittergute Cunnersdorf giebt das Kollegium im Principe seine Zustimmung.

In Bezug auf den Neubau eines Waisenhauses wünscht eine Ratsvorlage 1. den Beschluß bezüglich der Ueberweisung von Areal zwischen der Elisen- und Süßstraße zum Neubau des Waisenhauses wieder aufzuheben, 2. für diesen Bau das an der Ecke der Straßen VIII und F des südlichen Bebauungsplanes gelegene Areal in Größe von 6480 Quadratmeter dem Armenamte zu überlassen, 3. für die Ausführung des Baues nach dem Projekt Plan Nr. 8494, vorbehaltlich der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Stadt und Armenanstalt 292000 Mk. zu bewilligen, 4. die gedachte Summe unter Hinzunahme der Mittel der Wende-Stiftung für das Waisenhaus aus dem Stammvermögen zu entnehmen. Dazu empfehlen der Stiftungs-, Finanz-, Bau- und Deconomteauschuss, die Vorlage abzulehnen und den Rat zu ersuchen, dem Kollegium ein neu zu bearbeitendes Projekt, das den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht, vorzulegen. — Ohne Debatte gelangen die Ausschussträge zur Annahme, nachdem Stadtrat Hentschel seine Bestriedigung darüber ausgedrückt hat, daß das Kollegium mit der Wahl des Bauplatzes einverstanden sei. Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Von Nah und Fern.

Berlin, 17. Juni. Heute vormittag gegen 11 Uhr hat der in der Lindenstraße wohnhafte Gastwirt Ernst Baumbach den Versuch gemacht, sich, seine Frau, seine drei Kinder und seine Schwägerin durch Rauchgas zu töten. Baumbach

hoch hat sich überdies noch die Pulsadern aufgeschnitten. Die Polizei stellte fest, daß der Mann schon am frühen Morgen die Gasleitung aufgedreht hatte. Ein hinzugerufener Arzt brachte die drei Kinder wieder ins Leben zurück; sie sind außer Gefahr. Die Schwägerin ist bereits tot, Baumbach und seine Frau wurden noch dem Krankenhaus gebracht, wo sie schwerkrank daniederliegen. Der Grund zu der That soll in mißlichen Vermögensverhältnissen zu suchen sein. Auch stand Baumbach unter der Anklage des Konkursvergehens, wozu auch die Frau und Schwägerin Baumbachs verwickelt waren. Aus gleichem Grunde beging der Älteste Sohn Baumbachs vor vierzehn Tagen Selbstmord. Welche soziale Tragödie!

Braunschweig, 17. Juni. Eine Familientragödie. Der Schneider Ferd. Bornmann in Gielde, der seine Frau erschossen hatte und dann gestrichelt war, hat sich nachher selbst entleert.

Erfurt, 17. Juni. Ein Sträfling des 13. Dragonerregiments ist am Sonnabend auf dem Transport von Mey nach Erfurt aus dem Eisenbahnzuge zwischen Wechtersfeld entsprungen, indem er aus dem Abortfenster des Wagens den Sprung ins Freie wagte. Die Begleiter, ein Sergeant und ein Gefreiter, schossen ihre Karabiner hinter dem Flüchtling ab, ohne jedoch zu treffen.

Der frühere liberale Reichstagsabgeordnete Wigger, der wegen Meineids und Verleitung dazu verhaftet war und sich, wie gemeldet, erhängt hat, hat den Selbstmord im Untersuchungsgesängnis mit großer Sorgfalt vorbereitet. Alle die Kleinen, noch in seinem Besitz befindlichen Effekten hatte er auf einen Haufen zusammengelegt, die Kluge von den Fingern abgezogen und auf dem Tisch geordnet. Auch etwas Schriftliches hinterließ der Selbstmörder, doch ist der Inhalt des Schreibens nicht bekannt. Wigger erhängte sich mittels der Hosenträger und zweier Taschentücher.

Wienberg i. Schl., 10. Juni. Ein Unwetter hat hier furchtbar gehaust. Die Strecke zwischen hier und Goldberg stand, wie schlesische Wälder melden, auf einer Länge von einem Kilometer unter Wasser. Auf den Gemersdorfer Weg führte eine Bergwand und versperrte ihn teilweise. In Spiller, Johnsdorf, Gemersdorf und Langwasser glühten die steilen Dorfsiraken zeitweise wildschäumenden Bergströmen. Tiefliegende Wohnungen mußten schnell geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht werden, was oft mit Lebensgefahr verbunden und in einzelnen Fällen unmöglich war. In Landwasser ist ein Gebäude von den Fluten mit fortgerissen worden. Sehr mitgenommen sind die an steilen Abhängen befindlichen Acker. In allen diesen Orten steht man gerissene oder mit Schlamm und Schutt bedeckte Acker, Gärten, Wiesen und Bachufer, überall angeschwemmtes Holz, Haus- und Wirtschaftsgüter. Auch der Vieh hat an vielen Stellen Schaden angerichtet. Wie groß der durch das Unwetter angerichtete Schaden ist, läßt sich noch nicht ermaßen.

Glückow, 17. Juni. Der Konditorgehilfe Schmitz aus Köln und der Schustergehilfe Jall aus Kuerhammer in Sachsen, die gemeinschaftlich am 24. November vor. Jd. an dem Schmiedegesellen Schulz aus Bübsdorf in Westpreußen bei Ludwigslust einen Raubmord verübt hatten, wurden heute früh hingerichtet. Welche „Besserung“ für Verbrecher!

Nemel, 17. Juni. Am Sonnabend wurde während der Frühstückspause der 13 Jahre alte Schulknabe Bengels aus Karlsrode von dem in demselben Orte wohnenden Schüler Mey durch einen Messerhieb getötet. Beide waren am Morgen vor dem Beginn des Schulunterrichts in Streit geraten, der zu Thätlichkeiten auszuarten drohte, indes abgebrochen wurde, als der Lehrer das Schulzimmer betrat. Mit den Worten: „Nehet Mesemittag stich ich dich tot!“ ließ der trotz seiner Jugend bereits als Raufbold bekannte Mey vom Streite ab. Beim Verlassen des Schulzimmers in der Frühstückspause soll Mey nun in dem engen Gange von Bengels gestochen worden sein. Dadurch noch mehr gereizt, zog jener sein Taschenmesser und bedrohte damit auf der Landstraße hinter dem Schulgarten seinen Gegner, der dem jugendlichen Messerhelden zurief: „Stich, wenn du willst, du weißt, wo du dann hinkommst!“ Bald

darauf erhielt, wie die Königsberger Allgemeine Zeitung mitteilt, Bengels einen kräftigen Stich, ins Herz getroffen, sank er nieder und verstarb nach einigen Minuten in den Armen der herbeigeeilten beiden Lehrer. Unter heftigem Protest seines Vaters wurde der junge Mörder verhaftet und gestern durch einen Amtsdiener in das Gerichtsgefängnis nach Memel gebracht.

Köln, 17. Juni. An der Reichsbank-Hauptstelle in Köln wurde am Dienstag nachmittag einem Kassenboten des Schaaffhausenschen Bankvereins ein Päckchen Banknoten im Betrage von 20 000 Mk. gestohlen, und zwar anscheinend von mehreren französisch sprechenden Herren, die sich mit einer Frage an den Kassenboten und sodann an den Kassierer wandten und dadurch die Aufmerksamkeit des Boten von seinem an der Kasse erhobenen Gelde im Betrage von 100 000 Mk. ablenkten.

Mannheim, 17. Juni. Ein unheimlicher Vorgang ereignete sich in der amerikanischen Aquarium-Menagerie, die zur Zeit in Mannheim ihr Zelt aufgeschlagen hat. Nachts wurden die Aufseher durch das Sähen und Schnauben eines Pferdes aus dem Schlafe geweckt. Nach diesen Geräuschen hörte man plötzlich ein ziemlich starkes Knirschen und Krachen, etwa so, als wenn Knochen oder Knochen zerbrochen würden. Dann war alles still. Als man dem Geräusch nachging, fand man im Pferdebestall ein zum Schlachten bestimmtes Pferd verendet am Boden liegen; um den Leib des toten Tieres angewickelt erblickte man eine 8 Meter lange Riesenschlange. Wie sich herausstellte, hatte die Schlange dem Pferde eine Anzahl Rippen eingedrückt und das Rückgrat zerbrochen. Der „Wünderin“, die den mangelhaften Verschluss des Schlangebehälters benutzt hatte, um zu entfliehen und einen Raubzug zu unternehmen, hatte niemand eine so enorme Kraftleistung zugekraut. Natürlich ist sie über Nacht berüht und eine Hauptzugkraft der Menagerie geworden. In der Menagerie muß ja eine wunderbare „Ordnung“ herrschen.

Vorch (Wittenberg), 17. Juni. Gestern Abend 5 1/2 Uhr zog vom Hohenstaufen her über den Weizheimer Wald und den Weinhardter Wald ein schweres mit Wolkenbruch und Hagel verbundenen Gewitter hin. Die Hagelschlossen erreichten teilweise die Größe eines Gänseeies. Die Feuerwerke mußte herbeigerufen werden zur Rettung des Viehes aus den Ställen, in die die Wassermassen eindringen. Der hiesige Bahndamm war hoch überflutet, ist aber nicht beschädigt. Der an den Häusern und auf den Feldern angerichtete Schaden ist bedeutend.

München, 17. Juni. Ein Wehrgewehr, der einen anderen aus Eifersucht töten wollte, wurde von letzterem in der vergangenen Nacht aus Notwehr erschossen.

Kopenhagen, 17. Juni. In Kalmö hat ein Wirbelsturm große Verheerungen angerichtet. Zwei Personen sind tot, von denen die eine ein deutscher Musiker Namens Fiedler aus Dresden ist.

London, 17. Juni. Wieder ein Schiffsunglück. Nach einer Lloyddepeche aus Queffant von heute nachmittag 3 Uhr 40 Min. ist ein Dampfer, Drumont Castle, der sich auf der Fahrt von Capstadt nach Plymouth befindet, in der Nähe von Queffant, einer kleinen Insel an der Nordwestküste Frankreichs, gesunken. An Bord des Dampfers waren 360 Personen. 2 Männer wurden von Fischern aufgenommen. Er ließ um Mitternacht bei Queffant mit einem unbekanntem Dampfer zusammenstoßen. Der Drumont sank fast augenblicklich. Das hiesige Bureau der Castle-Linie „hofft bestimmt“, daß eine Anzahl Personen durch Boote gerettet worden sind. Als der Drumont das Palma verließ, hatte er 148 Passagiere und 103 Offiziere und Mannschaften an Bord.

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet noch vom 18. Juni: Nach einem weiteren beim Lloyd eingegangenen Telegramme aus Queffant ist der Dampfer Drumont Castle vollständig verschwunden. Es handelt sich nicht um einen Zusammenstoß mit einem anderen Schiffe, sondern um einen Schiffsbruch durch Auffahren auf ein Riff, wonach das Schiff in 3 Minuten gesunken ist. Der Dampfer lief auf einen Felsen in der Nähe

der Molanen-Inseln auf und sank in 3 Minuten. Von 260 an Bord befindlichen Personen wurden nur 3 gerettet. Bisher sind 6 Leichen aufgefunden worden. Ein Vergungsdampfer ist abends nach der Unglücksstelle abgegangen.

Yokohama, 17. Juni. Die Nordprovinz wurde von einem heftigen Erdbeben und einer mächtigen Flutwelle heimgesucht. Fast die ganze Stadt Kamaishi ist zerstört. An tausend Menschen sind umgekommen. Innerhalb 20 Stunden erfolgten 125 Erdstöße.

Briefkasten der Redaktion.

J. S., hier. Anonyme Zuschriften nicht berücksichtigt.
W. S., hier. Beiden Dank für das sehr interessante Schriftchen! Die Adresse Thomas Edison ist: Menlo Park Newyork.
Ginsender des Berichts über die Gemeinderatskündigung vom 12. Juni. Sie haben wohl die Bitte, uns anzugeben, um welchen Gemeinderat es sich handelt.

Auskunft in Rechtsfragen.

W. G. In Krankheitsfällen hat das kaufmännische Personal nach Artikel 80 des D.-S.-G. Anspruch auf Gehalt und Unterhalt auf die Dauer von sechs Wochen. Ihre Frage ist somit zu bejahen.
W. G. Die Sachen sind Eigentum des Sohnes und brauchen nicht in das Vermögensverzeichnis aufgenommen zu werden.
G. S., Weinauendorfer Straße. Sie müssen einzeln oder Meist zahlen.

Theaterveranstaltungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 18. Juni: 161. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün)
Der Trompeter von Säckingen.
 Oper in 3 Akten, nebst einem Vorspiel. Mit autorisierter teilweiser Benutzung der Idee und einiger Originallieder aus J. Viktor v. Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor v. Reifler.
 Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Porst.
 Werner Kirchhofer, ständ. Jur. Dr. Zimmelman
 Konrad, Bandstecktrompeter und Werber Dr. Mebel
 Der Hausknecht der Kirchstin von der Holz Dr. Regen
 Der Kooror magnificus der Heidelberger Universität Dr. Bild

Personen der Oper:

Der Frelherr von Schönuu	Dr. Wittekopf
Marie, dessen Tochter	Fr. Louisa
Der Graf von Wilbenstein	Dr. Henning
Desen geschied. Gemahlin, des Frelherrn Schwägerin	Fr. Feuer
Damian, des Grafen Sohn	Dr. Marlon
Werner Kirchhofer	Dr. Zimmelman
Konrad	Dr. Mebel
Ein Diener des Frelherrn	Dr. Janisch
Ein Bote des Grafen	Dr. Böbisch
Ein Kellerknecht	Dr. Wad

Woolsteute.

Dr. Kallisch
 Dr. Schröder
 Dr. Reuter
 Dr. Neumann

Handlung: In und um Säckingen. — Zeit: Noch dem 80jährigen

Reize, etwa 1860.

In 1. Akt: Bauerntanz, arrangiert vom Balletmeister J. Gollmeit,

ausgeführt von Fr. Fiebig, Fr. Gendy, Fr. Garzuba, Fr. Strigel

und den Damen des Corps de Ballet.

Die Männerchöre werden unter gefälliger Mitwirkung des Gesangs-

vereins Sängerkreis ausgeführt.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einlaß 7/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/2 10 Uhr. **Schauspi.-Preise.**

Willk.-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtags

von 10/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aus-

geld von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Fabelo. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend:

Das Wäldchen des Eremiten. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Als Sonnabend: Geschlossen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
 Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kartoffeln u. Peterkitt mit Schöpfenfl.
 Speiseanstalt II (Rosentorgasse): Wildschwein mit Buder und Bimt.

Arbeiter, berücksichtigt bei Einkäufen die in der Leipziger Volkszeitung inserierenden Geschäftskente.

Warenhaus
MESSOW & CO.
 16 Katharinenstrasse 16

Nur für **3** Tage
 gültig.

Ausnahme-Preise.

Freitag den 19., Sonnabend den 20. u. Montag
 den 22. Juni.

Bürsten. Bürsten. Bürsten.

- Kleiderbürsten, poliert Stück 14 Pfg.
- Haarbürsten mit Stiel, poliert " 16 "
- " mit geprägtem Griff " 23 "
- Taschenbürstchen " 7 "
- " " 13 "
- Schuhbürsten (Blankbürsten) " 9 "
- " prima " 14 "
- Scheuerbürsten " 14 "
- Schmierbürsten (Auftragbürsten) " 3 "

Diese Preise gelten nur für diese Tage.